

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktions-Expedition: Berlin W. 17, Winterfeldstr. 29
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6008
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

Inhalt:

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands! — Die Unfall- und Invalidenversicherung im Jahre 1909. — Die Arbeitsordnung der städtischen Arbeiter in Augsburg. — Aus den Münchener Gaswerken. — Straßenreinigungsverhältnisse in Straßburg. I. — Brief aus Tansig. — Wasserbauarbeiter. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Verbandsteil. — Eingegangene Schriften und Bücher.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Die Aussperrung der baugewerblichen Arbeiter ist nunmehr in die sechste Woche eingetreten, ohne daß die Beendigung abgesehen ist. Es werden in der Tagespresse fortwährend Mitteilungen und Gerüchte verbreitet, die den Kampf als einen bereits im Abflauen begriffenen bezeichnen und das nahe Ende desselben in Aussicht stellen. Diese Mitteilungen sind durchaus irreführend und dürfen keineswegs als Veranlassung dazu benutzt werden, in der Solidarität gegenüber den Ausgesperrten zu erlahmen. Wenn die Aussperrung auch weit hinter dem vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe erwarteten Umfang zurückgeblieben ist und sich große Unzufriedenheit in den Arbeitgeberkreisen zeigt, so ist doch die Zahl der Ausgesperrten mit ihren Familien eine so außerordentlich große, daß die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft ihnen nicht entzogen werden darf. Auch die Dauer des Kampfes dürfte voraussichtlich eine längere sein, — daran vermögen vorläufig alle gelegentlichen Vermittlungsaaktionen und Friedenswünsche fernstehender Kreise nicht das geringste zu ändern, solange die Bauarbeitgeber nicht selbst ihre unerfüllbaren Forderungen zurückziehen und den Arbeiterorganisationen Entgegenkommen bewirken.

Mit einer längeren Dauer der Aussperrung in erheblichem Umfange ist also unter allen Umständen zu rechnen. Angesichts dieser ernsten Situation müssen wir die deutsche gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von neuem zu tatkräftigster finanzieller Unterstützung der Ausgesperrten und ihrer Familien aufrufen. Die Sammlungen dürfen nicht mit vermindertem Eifer betrieben werden und ihre Erträge nicht nachlassen, sondern sie müssen nach Möglichkeit gesteigert werden, denn von den finanziellen Mitteln hängt die Dauer der Widerstandsfähigkeit der Ausgesperrten und damit auch ihr schließlicher Sieg in diesem Kampfe ab, den jeder organisierte Arbeiter herbeiwünscht muß.

Sinsichtlich der Organisation der Sammlungen, der Ablieferung der Gelder und der Quittierung der eingegangenen Beträge verweisen wir auf unseren ersten Aufruf.

Woge die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands zeigen, daß die ausgesperrten baugewerblichen Arbeiter auf ihre Unterstützung rechnen können!

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,
E. Begien.

Die Unfall- und Invalidenversicherung im Jahre 1909.

Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich seinen Geschäftsbericht auf das Jahr 1909 erscheinen lassen. Er bringt wiederum eine Fülle von Material über die Durchführung (namentlich die Rechtsprechung) der Unfall- und Invalidenversicherung in dem genannten Jahre. Das Amt klagt von neuem über die Zunahme der Arbeitslast, so daß auf geschäftliche Erleichterung und Vereinfachung hätte Bedacht genommen werden müssen. Die Verwaltungskosten des Reichsversicherungsamtes sind von 1 670 000 Mk. im Jahre 1898 auf 2 280 000 Mk. im Jahre 1908 gestiegen.

Was speziell die Unfallversicherung betrifft, so waren im Jahre 1909 vorhanden:

| | | |
|---|---------|----------|
| 66 gewöbl. Berufsvereinigungen mit 606 000 Betriebl. u. 8917772 Versichert. | | |
| 48 landwirtsch. | 5494100 | 17179000 |
| 644 sonstige Versicherungsanstalten mit | | 977351 |

Hiernach waren über 27,2 Millionen Personen gegen Unfall versichert, wozu noch die Versicherten bei 14 Versicherungsanstalten der Bauvereinigungen kommen. Allerdings sind in der Gesamtzahl etwa 3,4 Millionen Versicherte doppelt gezählt.

Die Zahl der Betriebsunfälle ist erstmalig seit Bestehen der Unfallversicherung zurückgegangen, und zwar die der gemeldeten von 655 850 im Jahre 1908 auf 653 376 im Jahre 1909, die der entschädigten in dem gleichen Zeitraum von 141 848 auf 136 441. Man sieht hier, daß die Zahl der entschädigten Unfälle in höherem Maße sich vermindert hat als die Zahl der gemeldeten Unfälle.

Die Summe der verausgabten Entschädigungen ist gleichwohl gestiegen, und zwar von 157 Millionen Mark im Jahre 1908 auf 162 Millionen Mark im Jahre 1909. Das hat seinen Grund nicht etwa darin, daß die Unterstützungen höhere geworden sind, sondern darin, daß zu den vorhandenen Rentnern aus den Vorjahren neue im Berichtsjahre hinzugekommen sind. Der Zugang an Rentnern ist immerhin größer als der Abgang. Im Jahre 1909 wurde Entschädigung gezahlt insgesamt an 906 483 Verletzte, 82 457 Witwen, 108 188 Kinder und Enkel Getöteter, 4091 sonstige Verwandte derselben, außerdem an 14 163 Ehefrauen, 31 363 Kinder und Enkel und 271 sonstige Verwandte solcher Verletzte, die sich in Heilanstalten befanden. Zusammen erhielten somit 1 147 016 Personen Bezüge aus der Unfallversicherung.

Ueber die Festsetzung der von den Unternehmern zu bezahlenden Umlagen (Beiträge) sind wiederum zahlreiche (etwa 1100) Beschwerden bei dem Amte eingegangen. Sieben Berufsvereinigungen erhielten neue Unfallversicherungsvorschriften genehmigt. Die Unfallverhütung sei überhaupt besser ausgestaltet worden. Die Zahl der Beschwerden von Unternehmern gegen Verurteilungen infolge Vergehens gegen die Unfallverhütungsvorschriften seien erheblich gestiegen, und zwar von 1387 im Vorjahre auf 2008 im Berichtsjahr. Die Berichte der technischen Aufsichtsbeamten werden jetzt in einem besonderen Buche herausgegeben. Wie oft noch Streit darüber entsteht, ob ein bestimmter Betrieb unfallversicherungsspflichtig ist oder nicht, geht noch daraus hervor, daß über die einschlägigen Entscheidungen der Berufsvereinigungen in 2000 Fällen Beschwerden an das Reichsversicherungsamt erhoben wurden. Die Uebnahme von Heilverfahren seitens der Berufsvereinigungen bei Verletzten innerhalb der ersten 18 Wochen nach dem Unfall hat Fortschritte gemacht.

Die Tätigkeit der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung auf dem Gebiete der Unfallversicherung hat zugenommen. Die Zahl der anhängig gewordenen Streitigkeiten betrug 115 667, gegen 106 650 im Jahre 1908. Eine besondere Zunahme erfuhren die Anträge der Berufsgenossenschaften auf Herabsetzung der Renten. Von den berufsfähigen Versicherten gewerblicher Versicherungsträger wurden 22,8 Proz., von denen landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften 12,5 Proz. durch Berufung angefochten. Die Erfolge der Berufungsklagen sind leider geringer geworden.

In der Invalidenversicherung sind die Rentensfestsetzungen ebenfalls gestunken. Am 1. Januar 1910 liefen 893 555 Invaliden-, 18 502 Kranken- und 102 362 Altersrenten. Die Entschädigungen aus der Invalidenversicherung betrugen im Jahre 1909 insgesamt 190 Millionen Mark einschließlich zirka 50 Millionen Reichszuschuß. Die Einnahme aus Beiträgen betrug im Berichtsjahr 187 Millionen Mark. Das sind 6 Millionen Mark mehr als im Vorjahr, was weniger auf eine Zunahme der Versicherten als vielmehr auf die verschärfte Kontrolle der Beitragsleistung zurückzuführen ist. Von der Gesamtsumme sind allein 172 Millionen Mark durch die Post für Beitragsmarken eingenommen worden. Das Vermögen der Versicherungsträger betrug zu Beginn des Jahres 1910 zirka 1575 Millionen Mark. Davon sind 38 Proz. in Wertpapieren und 56 Proz. in Darlehen angelegt. Die Zahl der Beitragsverhaftungen ist ebenfalls wieder zurückgegangen, insbesondere die in Heiratsfällen.

Auch in der Invalidenversicherung sind noch zahlreiche Streitfälle über die Frage der Versicherungspflicht zu erledigen. Hierüber hat das Reichsversicherungsamt als letzte Instanz zu entscheiden.

Die Heilverfahren gemäß § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes haben eine weitere Ausgestaltung erfahren. Die Aufwendungen hierfür sind von 1,6 Proz. der Beitragsentnahme im Jahre 1897 auf zirka 10 Proz. im Jahre 1909 gestiegen. Die Zahl der Versicherungsanstalten, welche eigene Heilstätten errichteten, ist ständig im Wachsen begriffen. Auch die Invalidenhauspflege findet immer größere Ausgestaltung. Im Jahre 1909 wurden insgesamt 2825 Personen in Invalidenheimen untergebracht.

Auch die Zahl der Streitfälle in der Invalidenversicherung ist gestiegen. Von den Versicherungsanstalten und zugelassenen Heilanstalten wurden 1909 insgesamt 386 737 besuchungsfähige Bescheide erteilt. Dagegen wurde in 28 831 Fällen Berufung eingelegt, das ist gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme der angefochtenen Bescheide von 5 Proz. Allein 98,6 Proz. sämtlicher Berufungen betrafen Invalidenrentensachen. Die Zahl der Revisionen gegen die Schiedsgerichtsurteile ist etwas zurückgegangen; sie betrug im Berichtsjahr 6161. Die Zahl der Berufungen und Revisionen, die zugunsten der Versicherungsträger entschieden worden, ist ständig im Steigen begriffen.

Im allgemeinen kann man nicht sagen, daß der Bericht von großen Fortschritten auf dem Gebiete der Sozialreform zeugt.

Die Arbeitsordnung der städtischen Arbeiter in Augsburg.

Bekanntlich ist Augsburg eine jener Städte, die in allen Punkten und auf allen Gebieten vorwärts schreiten will, nur auf jenen nicht, die einen sozialen Fortschritt bedeuten würden. Das kann man nur zu oft erfahren. Ganz besonders, wenn es sich um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter handelt. O wie schön ist da nicht alles eingerichtet, wenn man die sprachbürgerlichen Vertreter im Rathaus sprechen hört. Man könnte fast der Meinung zuneigen, daß die städtischen Arbeiter ein wahres Paradies führen. Eine andere Seite, die städtischen Arbeiter, bezeugen uns indessen das Gegenteil. So wurde schon im Jahre 1905 von den städtischen Kollegien eine Arbeitsordnung erlassen und zur Einführung gebracht. Die Arbeiter wußten wohl damals von dieser Neuordnung, mußten aber leider nur zu bald erkennen, daß diese Bestimmungen für sie nur äußerst mangelhaft sind. Pflichten aber keine Rechte haben sie mit der Einführung dieser Arbeitsordnung erhalten. Auch kein Wunder. Eine moderne Organisation kannte man damals noch nicht, und so ist es erklärlich, daß die Einführung dieser „Musterordnung“ statt Vorteile wesentliche Nachteile für die Arbeiter mit sich brachte. Doch die Zeit bringt Rat, und die Verhältnisse ändern sich. Verschiedene Betriebe, die früher den Privatunternehmern den nötigen Profit in die Taschen spielten, werden heute mit vollster Zufriedenheit in eigener Regie von der Stadt ausgeführt. Dies brachte für die Ar-

beiter noch mehr Unzufriedenheit mit sich, da ja diese Arbeiter statt der erhofften Verbesserungen zum Teil Verschlechterungen erfahren haben.

Es setzte die moderne Organisation, unser Verband, unter diesen Arbeitern ein. Was in mehreren Jahren nicht erreicht werden konnte, nämlich richtigen Fuß zu fassen unter den erwähnten städtischen Arbeitern, gelang durch die Rüstständigkeit der Vertreter im Rathaus glänzend.

So wurde denn auch im Jahre 1909 am 25. März die Abänderung der Arbeitsordnung seitens unseres Verbandes beantragt. Daß eine solche Annahme, wie sie sich unser Verband namens der städtischen Arbeiter erlaubte, unter den Vertretern in dem ehrwürdigen Rathhauseaal wie der Blitz einschlug, ist nach der jetzigen Zusammensetzung der beiden städtischen Kollegien kein Wunder. Eine Reihe Verbesserungsanträge wurden gestellt, sowie Einführung einer Lohnskala nebst Versorgungskasse. Letzteren beiden Wünschen wurde denn auch im vorigen Jahre entsprochen und bei der Beratung der Beamtengehälter die Lohnskala und ein Statut der Versorgungskasse erlassen. Bei der Gelegenheit wurde seitens einiger Gemeindevertreter feierlich versprochen, in aller nächster Zeit in die Beratung der Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter einzutreten. Wir verkennen wohl die Tatsache nicht, daß man zur Anfertigung von guter Ware die nötige Zeit zur Verfügung gestellt erhalten muß. Doch möchte man meinen, seit dem März vorigen Jahres könnte endlich einmal die nötige Zeit vorhanden gewesen sein, wenn ein ernstlicher Wille an der Sache wäre. Auch an Aufmunterung und Auffrischung seitens des Verbandes hat es nicht gefehlt. Und dennoch hatte man bis heute noch nichts von einer Regelung vernommen. Als am 17. Oktober vorigen Jahres durch Beschluß einer Versammlung an die beiden städtischen Kollegien eine Resolution eingereicht und ersucht wurde, doch die Beratung der Arbeitsordnung baldmöglichst vorzunehmen zu wollen, waren die bürgerlichen Vertreter doppelt entrißet, weil die städtischen Arbeiter von ihren Rechten Gebrauch machten und nicht (wie es früher der Fall war) nach baulicherischer Manier vorgingen, sondern in der Forderung ihre richtige Meinung zum Ausdruck brachten. Das dürfen nach dem Willen der bürgerlichen Vertreter die städtischen Arbeiter nicht. Und wie weit muß es wohl mit dem Wohlwollen dieser Herren bestellt sein gegenüber ihren Arbeitern, wenn man in öffentlicher Sitzung erklärte, die Arbeiter hätten gar keine Forderungen gestellt. In der Resolution sagt man wohl, was geschieht, wenn die Wünsche der städtischen Arbeiter nicht genehmigt werden, aber die Resolution enthält dieselbe nicht, hieß es in der damaligen Sitzung des Gemeindefolklegiums. Ob die Herren nun so arg an Gedächtnischwäche leiden, müssen wir vorerst noch bezweifeln. Steht doch fest, daß man auch bei Beratung der Lohnskala unseren eingereichten Entwurf als Grundlage nahm. Mit dieser sind auch alle übrigen Anträge eingereicht worden, und es fällt einem schwer, noch ernstlich an die Vergesslichkeit dieser Herren zu glauben.

Wer nun glaubt, jetzt hätte man sich geschickt und dem berechtigten Willen der städtischen Arbeiter Rechnung getragen, der irrt. Die Resolution legte man „ad acta“. Doch unterm 27. Oktober wurde das Gedächtnis dieser Herren wieder aufgefrischt, indem die früheren Anträge erneut eingereicht wurden. Sind diese auch nicht ad acta gelegt worden, so konnte man doch lange von denselben nichts hören. Und als schließlich den städtischen Arbeitern doch die Geduld riß, erinnerte man am 25. Januar dieses Jahres wiederholt, es möchten doch die Anträge endlich einmal beraten und die Arbeitsordnung erlassen werden. Da nun in dieser Petition drei Wünsche enthalten waren, deren Besprechung nicht mehr aus dem Wege zu gehen war, wurden zwei Punkte davon erledigt und der dritte, die Arbeitsordnung, als „gegenstandslos“ erklärt, da die Beratungen der Arbeitsordnung bereits begonnen hätten. Eine bescheidene Lohnforderung von 20 Pf. pro Tag lebte man ab, ebenso die Reform der Ausführungsbestimmungen zu der Lohnskala.

Vervorzubehalten ist von all diesen Ausführungen im Rathaus nur die famose Begründung der Ablehnung. Bei der Lohnerböhung verzählte man sich hinter der Organisation, weil eben der Verband im Auftrag einer Versammlung der städtischen Arbeiter, nicht aber der Arbeiterauschuss diese Petition eingereicht hätte. Im zweiten Punkte meinte der Referent schlaumeierisch: Die Ausführungsbestimmungen können doch nicht schon wieder abgeändert werden, wenn diese erst vor sechs Monaten geschaffen worden sind. Also so, städtische Arbeiter, liegen die Dinge. Wenn selbst einmal eine Ungeschicklichkeit begangen würde im Rathaus, dann würde diese seitens der Vertreter nicht zugestanden oder gar

korrigiert, sondern die Arbeiter müßten, bis eine gewisse Zeit verstrichen wäre, unter den minderen Verhältnissen arbeiten. Aus dem ganzen geht nur zu deutlich hervor, daß man bei all den Forderungen der städtischen Arbeiter nur eine geeignete Ausrede zu finden braucht, dann ist die Angelegenheit für die Stadtväter erledigt! Ob die städtischen Arbeiter ordentlich leben können, darob kümmern sich diese Herren nicht. Und es wäre ja auch nicht im Unternehmerinteresse gearbeitet, wenn man die Arbeitsordnung recht bald beraten und bessere Bestimmungen schaffen würde. Schreien doch die Scharfmacher Augsburgs sogleich Nordio, wenn die städtischen Arbeiter eine kleine Lohnzulage erhalten. Sie meinen wohl, daß auch sie dann wieder bei ihren Arbeitern mit den Löhnen hinaufzucken müssen. Derartige Bedenken können die städtischen Arbeiter nicht hindern, sondern sie werden mit noch mehr Eifer ihre Bestrebungen zu verfechten haben. Wenn nun die angekündigte Arbeitsordnung in ihrer neuen Tracht erscheinen wird, ist wohl selbst von weitsichtigen Personen nicht so leicht zu erraten. Auf alle Fälle muß angenommen werden, daß man im Augsburger Rathaus absichtlich eine Verschleppung der Beratung der Arbeitsordnung herbeiführen will, um nicht die städtischen Arbeiter in diesem Jahre noch in den Genuß der Verbesserungen gelangen lassen zu müssen.

Wollen wir einmal sehen, wie sich jetzt die Herren zu der neuerdings und auch durch die Arbeiterausschüsse eingereichten Petition stellen, die eine Feuerungszulage von 20 Pf. pro Tag und pro Arbeiter verlangt.

Wenn es nun aber trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, die Arbeitsordnungen durchzusetzen, wenn die Verhältnisse der Augsburger städtischen Arbeiter gegenüber anderen städtischen Arbeitern Deutschlands noch weit im Argen liegen, wenn die niederen Löhne durch die Paal noch vorherrschend sind, wenn die miserable Behandlung von den einzelnen Vorgesetzten noch nicht so nachgelassen hat, wie es wünschenswert erscheint, wenn die Augsburger Kollegen keinen oder nur mangelhaften Urlaub erhalten sowie verschiedene andere Vergünstigungen nur fromme Wünsche bleiben, so mögen sie zusehen, daß die Mehrzahl der städtischen Arbeiter daran die Schuld trägt. Jene, die der Organisation, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, noch fernstehen, jene, die immer noch der gelb angehauchten „Lokalvereinigung“ nachlaufen und unsere Mitglieder verhöhnen, mögen sich einmal ihrer fünf Sinne erinnern und nachdenken, wer ihnen wirkliche Verbesserungen gebracht hat. Phrasendrescherei ist die Hauptkunst des Oberhauptes des erwähnten Vereines. Sind auch unsere Erfolge vorerst noch gering, sie werden stärker und immer stärker in Erscheinung treten, sobald auch diese Kollegen sich zum Beitritt der Organisation entschließen können. Wie überall, so wird auch hier das Vorwärtstreben der Organisation mehr Einigkeit unter die städtischen Arbeiter tragen. Die Seelenverkäuferei, die bisher immer noch vorherrschend ist, wird ein Ende nehmen. Mit dem Eintritt in die moderne Organisation wird auch mehr Einigkeit geschaffen werden. Und gerade jene, die immer glauben, für sie habe die Organisation keinen Wert, „weil es in Augsburg doch nichts wird“, gerade die sollen einmal den Anfang machen und sie werden sich überzeugen können, daß es auch in Augsburg, wie in allen anderen Städten, anders kommen wird, daß nicht nur die Einigkeit gestärkt, die Solidarität erweitert, sondern auch der Einfluß auf die Stadtverwaltung immer mehr und mehr zum Durchbruch kommt. Deshalb, Kollegen, legt ab die verschiedenen Ausflüchte und folgt diesen Kollegen, die es längst eingesehen haben, daß zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine fröhliche Organisation notwendig ist.

J. W.

Aus den Münchener Gaswerken.

Der auf dem Gebiete der Gastechnik zu verzeichnende Fortschritt ist auch an den Münchener Gaswerken nicht spurlos vorübergegangen. Das Alte fällt, das Neue bricht sich Bahn, so ging es auch mit unseren Gaswerken. An Stelle des älteren Werkes an der Thalkirchner Straße (mit geradelegenden Motoren) wurde an der äußeren Dachauer Straße ein neues Werk mit M a m m e r d e n errichtet und teilweise schon im Jahre 1900 in Betrieb genommen, auch im Werk Nixenstein wurden solche Mammerefen — ein spezielles Patent des Münchener Gasdirektors Mies — eingemauert.

Die in den Gaswerken beschäftigten Arbeiter sind von der Entlohnung der Dinge nicht so sehr erbaut; denn trotz der gewaltigen Erhöhung des Gasverbrauchs sind umfangreiche Arbeiterentlohnungen namentlich in den Sommermonaten erfolgt. Leute mit

sechs- bis siebenjähriger Dienstzeit mußten daran glauben. Da sich mit dem weiteren Ausbau und der sich wohl noch ergebenden präziseren Funktion i. e. Neuanlagen die Produktion noch bedeutend erhöhen wird, so ist das für die Gasarbeiter keine aussichtsreiche Perspektive, zumal derzeit ohnehin ein kolossales Angebot von Arbeitskräften vorhanden ist. Andererseits strebt man auch längst danach, das Problem der F e r n z ü n d u n g zu lösen, was bei der räumlichen Ausdehnung der Stadt München freilich nicht gerade so einfach ist. Doch — darüber besteht kein Zweifel — werden über kurz oder lang auch die Laternenanzünder an die Fortentwicklung der Technik glauben müssen.

Es ist nicht die Absicht und der Zweck dieser Zeilen, hierüber ein Jammerlied anzustimmen; damit würde man die Dinge nicht aufhalten. Woran wir aber schärfste Kritik üben müssen, das ist der Umstand, daß man auch das A r b e i t s t e m p o immer mehr verschärft, anstatt die Arbeitszeit zu verkürzen und so Hand in Hand mit der Umwälzung der Gastechnik gleichzeitig muster-gültige Arbeiterverhältnisse zu schaffen. Wie wenig den „Paschas“ an den Arbeitern liegt, die jahrelang sich im Gaswerk geschunden haben, das beweist die Tatsache, daß alle Leute hinausgeworfen und vielleicht zur gleichen Stunde in anderen Ressorts des Gaswerkes (bei den Rohrlegungen usw.) neue Leute eingestellt wurden. Sind ja doch die neuen Leute billiger, weil sie noch keine Alterszulagen bekommen! Ueberhaupt bürgert sich eine Behandlung der Gasarbeiter ein, die aus schärfste zu verurteilen ist. Menschlich ist es ja schließlich begreiflich, daß die Direktion sowie die Betriebsleitung des neuen Werkes einen besonderen Ehrgeiz darin setzt, die rationelle Ueberlegenheit des neuen Systems vorteilhaft ins Licht zu rücken. Das kann und muß aber zur Folge haben, daß diese künstliche Bilanz eines schönen Tages einen ganz derben Stoß erleidet. Man möge also auch hier „leben und leben lassen“ und bedenken, daß der Arbeiter keine Maschine, sondern schließlich doch auch noch Mensch ist.

Wie weit die Sparerei geht, dafür nur ein paar Beispiele: Neben der automatischen Feuerung sind im Kesselhaus des neuen Werkes noch zwei Kessel mit vier Feuerungen. Letztere werden mit Holzabfällen schlechtester Qualität geheizt, was ein Mann zu besorgen hat. Dieser Arbeit ist kein Mensch auf die Dauer gewachsen. Auch bei Nacht ist nur dieser eine Mann im Kesselhaus. Wenn da irgend etwas passiert oder der Mann erkrankt, so ist ein Unglück kaum zu vermeiden. Weil aber hier besondere Leistungen verlangt werden, so hat man diesen Leuten stillschweigend den Nachzuschlag entzogen. Besser gesagt, man nahm neue Leute in Dienst, die weniger um die alten Lohnverhältnisse wußten. Da aber schließlich doch auch in den Münchener Gaswerken gleiches Recht für alle gelten muß, so wird man wohl oder übel nunmehr den Heizern 40 Pf. pro Tag nachbezahlen müssen. Ebenso notwendig ist es, daß diesen Leuten ein Helfer beigegeben wird.

Die beim Ofenbau beschäftigten Maurer erhielten anfangs pro Kubikmeter Mauerwerk 15 M., jetzt nur noch 8 M. Die Minutensucherzeitigt die üppigsten Blüten. Während man in Privatbetrieben in der Regel noch 5 Minuten nach der festgesetzten Arbeitszeit ungestraft das Tor passieren kann, müssen im neuen Gaswerk die Arbeiter so früh kommen, daß sie zum Glockenschlag bereits ungezogen an ihrem Arbeitsplatz stehen. Hier kommt nämlich in Frage, daß die mit der Straßenbahn ankommenden Arbeiter knapp 3 Minuten vor 6 Uhr das Tor passieren können und bei der weiten Gliederung der Fabrik in der noch zur Verfügung stehenden Zeit mit der Umkleidungsmetamorphose nicht zu Ende kommen.

Natürlich muß auch alles fein säuberlich gebucht, abgeschrieben und verglichen werden. Will zum Beispiel ein Arbeiter einen neuen Besen — es ist nicht etwa ein schlechter Spah —, so muß er zunächst den alten Besen einliefern. Dann erst erhält er eine „Anweisung“, für die er wiederum einen „Besen“ ausgebündelt bekommt. Freilich, zu Lohnzählchen, aus denen der Arbeiter auch die Zusammenfassung seines Verdienstes respektive seine richtige Entlohnung ersehen kann, langt es nicht mehr. Das läme zu teuer! Dafür ist das provokatorische und herausfordernde Verhalten der Aufsichtsorgane um so ausgeprägter. „Was woll'n's? wann's Gabna net past, na sag'n S' ös!; mied'n tua i Euch!“, so ungefähr sind die landläufigen Umgangssprachen. Wenn sich der Leser so etwas wie einen Masernhof dazu denkt, dann dürfte er die richtige Stimmung kennen.

Damit sich die Aufsichtsorgane nicht gar zu sehr anstrengen, hat man ihnen gleich richtige Redezeitel vordrucken lassen. Ist davon eine entsprechende Zahl vorhanden — worüber der Arbeiter meist im unklaren bleibt —, dann ist die Uhr abgelaufen und dem

Arbeiter wird gelündigt. Von einer Verantwortung, Rechtfertigung usw. ist keine Rede, denn es liegt schon soundsoviel „im Akt“. Und übrigens: es gibt doch genug andere Arbeiter, die als neu eingestellt auch wieder einen geringeren Lohn haben.

Den städtischen Beamten wurde jüngst das Recht der Einsichtnahme ihres Personalaktes zugesichert. Das gleiche müssen für sich auch die städtischen Arbeiter verlangen, wenn sie nicht der Meldevut schulplos gegenüberstehen wollen. Soll der Arbeiter gegen ungerechtfertigte Anschuldigungen geschützt werden, so muß er mindestens in jedem Falle gehört und ein eventueller Eintrag von ihm unterzeichnet werden.

Da ob dieser Späterei überall Mangel an Arbeitern ist, so ist natürlich, daß es in den Werkstätten und im Hofe nicht ganz neuzeitlich aussieht. Man könnte manchmal an eine Alleinhandlung denken. Namentlich für die Werkstätten wäre es am Platze, wenigstens einen Hilfsarbeiter beizugeben, der auch auf entsprechende Sauberkeit und Ordnung zu sehen hätte.

Im Gegensatz zu den übrigen Sparten der städtischen Betriebe erhalten die Arbeiter der Gaswerke auch keine Entfernungszulagen. Erst vor kurzem mußte die Abteilung für Rohrlegungen in Ludwigshöhe arbeiten, ohne hierfür eine Zulage zu erhalten. Die über die Gewährung von Entfernungszulagen generell durch die städtischen Kollegen erlassenen Vorschriften bestehen anscheinend für die Gaswerke nicht.

Mit dieser Blütenlese wollen wir es diesmal genug sein lassen. Um diesen Dingen entsprechend begegnen zu können, ist es nötig, daß sich auch die Organisation der Gasarbeiter entsprechend fortentwickelt, um ein vollwertiges Gegengewicht gegen die „neuzeitlichen“ Bestrebungen der Gasdirektion zu schaffen. Gemeint sind damit jene Arbeiter, die bisher stets gerettet, wo sie nicht gefaßt — die Herrn Indifferenten. Sie, die sich schlau und überlegen dünken — und nichts weiter sind, als die Almosenempfänger der Organisation. Wer robust genug ist, sich damit abzufinden, und wer der Totengräber an der Wohlfahrt der Arbeiter sein will, nun — der bleibe auch ferner indifferent. **Öffentlich will das keiner!**

J. S.

Straßenreinigungsverhältnisse in Straßburg.

I.

Am 1. April war ein Jahr vergangen, seit der gegenwärtige Betriebsleiter, Herr Direktor Klaus, das Straßenreinigungs- und Kehrichtabfuhrwesen übernahm. Da er sich aus diesem Grunde veranlaßt fühlte, eine wunderschöne Rede zu halten, sehen wir uns auch veranlaßt, diesem „Ereignis“ einige Worte zu widmen. Dieses letztere um so mehr, als Herr Klaus es in diesem einen Jahr fertiggebracht hat, seine Arbeiter so zu ziehen, daß ihm und seinen Vorgesetzten gegenüber die Leute ihre wahre Meinung nicht mehr sagen und so der Herr Direktor schließlich annimmt, die Leute glauben alles, was er sagt, oder wären alle seiner Meinung.

Herr Klaus betonte in seiner „Nubiläumsrede“, daß er mit „seinen“ Arbeitern zwar noch nicht ganz, aber doch zum größten Teil zufrieden sei. Das glauben wir gerne. Herr Klaus nützt seine Leute ordentlich aus; sie müssen ordentlich schangsen, und das mag ihn befriedigen. Ein alter Feldwebel ist auch zufrieden, wenn er seine Mannschaften hat „äben“ lassen, bis sie bald zusammenbrechen oder Selbstmordgedanken erhalten. Leider trifft das Umgekehrte nicht zu. Die Arbeiter haben nämlich gar keinen Anlaß, mit dem „Regiment“ des Herrn Klaus zufrieden zu sein, war doch schon seine Einführung keine gute. Ehe er noch den Betrieb übernahm, verschlechterte er schon die Arbeitsordnung. Jedenfalls wollte er sich die besondere Anerkennung des sozialistenreinen Gemeinderats verdienen. Zwei Paragraphen ließ der Herr Direktor gnädig laufen, beim dritten aber konnte es schon nicht mehr sein. Da wurde bestimmt, daß Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit nach Belieben der Betriebsleitung verändert werden können, also die unbeschränkte Willkür der Betriebsleitung stipuliert, denn die Bezeichnung: „wenn es das dienstliche Interesse erfordert“, bedeutet tatsächlich nichts, als das Feigenblatt, mit welchem die absolute Willkür verdeckt wird.

Weiter kann ein Arbeiter eine Viertelstunde, ein Fuhrmann eine halbe Stunde über die übliche Arbeitszeit hinaus ohne Vergütung zur Arbeit herangezogen werden; Fuhrleute erhalten überhaupt nur Ueberstunden, wenn sie die „zur Fahrt in der Regel übliche Zeit“ nicht überschritten haben. Da „natürlich“ und „selbstverständlich“ der Fuhrmann immer der Sündenbock ist, der früher da hätte sein können, wird mit dieser Bestimmung bereits

jede Ueberstunde abgewürgt. Eine weitere reizende Neuierung war, daß die Arbeit an den in die Woche fallenden Feiertagen wie an einem Werktag verlangt werden kann. Wenn also an Ostern keine Lumpen ausgesucht oder an Pfingsten keine Latrinensässer gefüllt werden, so haben die Arbeiter dies nur der Großmut des Herrn Direktors zu verdanken, der dies nicht für notwendig erachtet.

Trotz dieser Verschlechterungen hielt der Herr Direktor eine Antrittspredigt im Wiedermeierstil, in welcher er von Wohlwollen, Gerechtigkeit, guter Behandlung usw., die er den Arbeitern entgegenlassen wollte, überschloß. Dafür aber sollten die Arbeiter brav, fleißig, nüchtern, willig, pünktlich und vor allem „gehorsam“ sein. „Gehorsam“, aber natürlich „edler, unverfälschter Soldatengehorsam“, das scheint das Ideal des Herrn Direktors zu sein. Wer das nicht sein will, der muß, um in seinem eigenen Jargon zu reden: „Kaus, raus, raus!“ Nun ist es mit Eigenlob immer so eine brenzliche Geschichte und wir waren daher neugierig, wie der Herr Direktor seinen pränumerando ausgestellten Gerechtigkeitsschweffel einlösen werde. Es dauerte auch nicht lange, kam eine Rede, die Arbeiter möchten keine Faulen unter sich dulden, sollten „Pflichtvergessene“, welche die Arbeit zwischenhinein verlassen oder zu oft ihre Rotdurst verrichteten, zur Anzeige bringen usw. Als ob bei der Anzahl Aufseher gefaulenzt werden könnte. Den Arbeitern wurde also allen Ernstes zugemutet, sich selbst zu denunzieren. Weiter hielt der Herr Direktor im Laufe des Jahres mindestens sechs bis acht Anreden, und zwar jedesmal so, daß die Leute nach dem Zahlung eine Viertel- oder halbe Stunde herumstehen mußten. Das ist zwar nicht besonders gerecht, da die Leute sicher auf dieses „Vergnügen“ verzichten würden; aber der Herr Direktor tut's nun einmal nicht anders. Reden und Ermahnungen scheint seine Liebhaberei zu sein, und würden mit Ermahnungen Menschen gebessert, so hätte der Herr Direktor nicht nur die doch nicht gar so schlechten Straßendreiniger, sondern die schlimmste Bande von Zuchthäuslern befehrt.

Kurz nach der Aufforderung zur Selbstdenunziation mußte das Koalitionsrecht daran glauben, ein in Straßburg noch nie dagewesener Vorgang. Innerhalb der heiligen Hallen des Königreichs Klaus, wollten sagen, innerhalb der städtischen Gebäude des Straßenreinigungsbetriebes, darf kein aufrührerischer Handzettel, Flugblatt, keine Zeitung oder dergleichen, was die öffentliche Ordnung umstürzen könnte, verteilt werden, von einer Sammelliste ganz zu schweigen, wodurch die Straßenreiniger, die doch brav sein müssen, kämpfenden Arbeitbrüdern ihre Solidarität bezeugen könnten. So was gibt's beim Militär, in Gefängnissen usw. auch nicht, also braucht man solche Umhürzerei auch bei der Straßenreinigung nicht. Die Arbeiter sollen arbeiten und im übrigen eine stumpfsinnige Schafherde sein und bleiben. Das Bürgermeisteramt, das vor den von ihm selbst nicht praktizierten Leistungen einen ganz gehörigen Respekt zu haben scheint, vergaß leider seine bessere Vergangenheit und stimmte dem Klaus zu. Ein armer Teufel von Unterlassierer, Familienvater von 6 oder 7 Kindern, der seinem Nebenarbeiter eine Beitragsmarke oder Zeitung ausbändigte, wurde von einem „Christlichen“ denunziert. Zur Strafe wurde der Uebelthäter in einen anderen Bezirk versetzt und muß seit einem halben Jahr morgens und abends je 20 Minuten länger wie vorher zum Rapport laufen.

Ein anderer Arbeiter war schon seit Jahren zur vollsten Zufriedenheit Pissoirwärter an der Nebenbrücke. Als er vom Erholungsurlaub kam, wurde ihm ein Tag zu wenig verrechnet. Er reklamierte, und sachlich konnte man ihm auch nicht unrecht geben. Er hatte sich aber über die ihm beim Reklamieren gewordene Behandlung aufgeregt, hatte dem zweiten Herrscher der Straßenreinigung, dem Herrn Inspektor Sauer, gegenüber eine ungeschickte Bemerkung getan, weshalb er von seinem Posten abgelöst und zur Kolonne versetzt wurde, was für ihn eine jährliche Schädigung von etwa 150 Mk. bedeutet. Der Mann war 21 Jahre bei der Stadt, 20 Jahre Korarbeiter und noch nie bestraft. Dem Herrn Inspektor Sauer war es vorbehalten, mit militärischer Schärfe den den 62jährigen Mann zur Strecke zu bringen. Herr Sauer, der entschieden noch päpstlicher wie die Papst ist, hat nämlich ebenfalls eine langjährige Militärzeit hinter sich und hat sich offenbar dort die nötigen Kenntnisse und Qualifikationen zu dem Amte eines städtischen Inspektors erworben. Das für einen Verus Herr Sauer vor seiner Militärlaufbahn hatte, ob er die nützliche Arbeit eines Ackerbauers verrichtete, oder ob er ein gelernter oder ungelerner gewerblicher Handarbeiter war, entzieht sich unserer Kenntnis. Schwer muß aber sein Verus nicht gewesen sein, denn Herr Sauer legt oft ein merkwürdiges Schätungsvermögen darüber, was ein Arbeiter leisten kann, an den Tag. In der Aussicht, im Erhalten von Mel-

lungen und dadurch dem geistigen Geradbrücken des Betriebes ist Herr Sauer der Direktion jedenfalls eine ganz unschätzbare Kraft. Nur mag der Herr Direktor vorsichtig sein, daß er nicht eines schönen Tages von Herrn Sauer überflügelt wird, so wie der Herr Direktor den Herrn Inspektor Friedel überflügelt hat, der vorher 15 bis 20 Jahre den Betrieb leitete.

Brief aus Danzig.

Seit einigen Jahren besteht hier ein „Kommunalarbeiterverein“, der circa 200 Mitglieder zählt. Von seiner Wirksamkeit erfuhr man nur durch die Zeitung, daß er jährlich ein Stiftungsfest feierte, manchmal „verschönt“ durch die Anwesenheit des Oberbürgermeisters und die übliche Rede, „daß er sich gerne der Danziger Arbeiter erinnern und ihrer annehmen werde“. Auch ein sogenannter Arbeiter-Stadtvorordneter hielt auf einem Stiftungsfeste eine Festrede. Der „christliche“ Verband der Transport- und Gemeindefahrer usw. rechnete eigentlich nie mit, da er nur einen städtischen Arbeiter als Gefolgsschaft hatte. Vor circa 2 Jahren wurde die Filiale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter gegründet. Zwar war eine große Ausdehnung bis jetzt nicht möglich, weil einmal die Danziger Kollegen den Wert der Organisation noch nicht erfaßt hatten, andererseits durch die bekannten Einwirkungen der Vorgesetzten die Kollegen müßlos waren. Trotzdem wurde weiter gearbeitet.

Bei den niedrigen Löhnen, welche hier gezahlt werden, sollte man eigentlich denken, daß die Kollegen, sobald ihr Einkommen gekürzt wird, ganz energisch dagegen Front machen. Als nun im Dezember v. J. die seit 2 Jahren gezahlten Teuerungszulagen fortfielen, die Beamten mit teilweise recht annehmbaren Gehaltszulagen bedacht wurden und die Arbeiter auf Lohnzulagen innerhalb des Etatsrahmens verdrängt wurden, änderte sich das Bild. Zwar nicht, daß die Kollegen jetzt scharfweise unserem Verbande beitraten, sondern daß die Hirsch-Dunderschen Ortsvereine sich entschlossen, durch Gründung des „Ortsvereins der Gemeindefahrer (H.-D.)“ den Mitgliederchwund in ihren anderen Sektionen weitzumachen. In der zu diesem Zweck einberufenen Versammlung hielt unter anderem auch der Stadtv. Adnigsmann, der sich selbst gern als Arbeitervertreter bezeichnet, eine Rede, in welcher er es kritisierte, daß die Beamten Gehaltszulagen bekommen, die Arbeiter dagegen leer ausgehen sollten. Er bat die anwesenden Kollegen, ihm ihre Wünsche mitzuteilen, damit er bei der in einigen Tagen stattfindenden Beratung der Beamtenbesoldungsvorlage im Stadtparlament für die Wünsche der städtischen Arbeiter eintreten könne. Bei der Beratung der Vorlage glänzte dieser „Vertreter der Arbeiterinteressen“ jedoch durch Schweigen.

Im Anschluß an die Gründung des Hirsch-Dunderschen Vereins, der bei seiner ersten Versammlung erklärte, „er habe keineswegs die Absicht, den Kommunalarbeiterverein an die Wand zuquetschen, im Gegenteil, er glaube in Gemeinschaft mit denselben am besten die Wünsche der städtischen Arbeiter beim Magistrat zur Geltung zu bringen“, erfolgte dann ein kleines Preßgeplänkel in der bürgerlichen Presse.

Da nun von seiten der Filialleitung Danzig eine Versammlung aller städtischen Arbeiter zum 12. April mit dem Thema: „Wie behandelt der Magistrat als Arbeitgeber die kommunalen Arbeiter?“ durch Handzettel einberufen war, rüsteten sich diese beiden Kampfen zum Kampf, um die städtischen Arbeiter einzufangen. Die Hirsch-Dunderschen schreiben in einem Eingefandt: „Die städtischen Arbeiter haben eine durchschnittliche Lohnzulage von 1 Pf. erhalten; sie fordern vom Magistrat die (aus dem Notizkalender unseres Verbandes abgeschriebene) Bewilligung von Urlaub, Differenzlohn, Ruhegehalt usw. und, falls der Stadtv. Adnigsmann einen diesbezüglichen Antrag einbringen sollte, sachliche Prüfung.“

Ihre Freunde vom Kommunalarbeiterverein, die (weil ge l b) solche Forderungen nicht aufstellen können, zerschneiden hierauf das Fächlein und stellen in einem Eingefandt fest: „Es ist nicht zutreffend, daß die Zulagen nur 1 Pf. betragen; es haben sogar Zulagen bis zu 13 Pf. pro Stunde stattgefunden. Im übrigen wissen wir ganz genau, daß der Magistrat unsere Wünsche stets wohlwollend prüft und — soweit es die Finanzlage der Stadt gestattet — auch erfüllt wird.“ Dieser präsenzierte Wechsel ist nun in der Zwischenzeit auch eingelöst (siehe weiter unten).

Am 12. April hatten sich nun eine ganz stattliche Anzahl Kollegen eingefunden, um der Versammlung beizuwohnen. Zum Beginn der Versammlung erschien der Polizeikommissar Günther in Begleitung eines Schuhmanns und erklärte auf Anfrage, im Auftrage seiner Behörde der Versammlung beizuwohnen — nicht zu überwachen. (Wir kennen die Kräfte, die hierbei spielten; die-

selben waren auch bemüht, unseren Handzettelerbreiter durch die Kriminalpolizei zur Angabe desjenigen zu veranlassen, der ihm die Zettel zur Verteilung übergeben habe. Selbstverständlich ohne Erfolg, wie auch schon in einem früheren Falle.) Unser Gauleiter Kollege Geinze hielt dem Kommissar das Ungeheuliche seines Verhaltens vor und forderte ihn zum Verlassen des Lokals auf; alles vergeblich. Wir hielten darauf in einem anderen Zimmer ohne polizeiliche Fürsorge eine Mitgliederversammlung ab. Dadurch wurde die Polizei zum Gaudium der Straßenpassanten über eine Stunde durch Hin- und Hergehen vor dem Versammlungslokale ihrer sonst so — nützlichen — Tätigkeit entzogen.

Gegen die völlig ungeheuliche Handhabung des Vereinsgesetzes (von der der Kommissar erklärte: „Hier habe ich das Vereinsgesetz.“ Er holt es aus der Tasche und liest vor: „Nach Paragraph foundso viel ist dieses eine öffentliche Versammlung, zu der die Polizei das Recht der Ueberwachung hat.“) ist das Notwendige unternommen. Trotz der Fürsorge der Polizei gelang es uns in dieser Versammlung, in einem Betriebe wieder Fuß zu fassen.

Das „mannhafte“ Eintreten des Kommunalarbeitervereinsvorstandes (Vorsitzender: Wasserwerksinspektor Jenkel) für die Interessen der Arbeiter hat denn auch beim Magistrat die gebührende Anerkennung gefunden. Vor etlichen Tagen prangte am schwarzen Brett der einzelnen städtischen Betriebe ein Ukas, der auszugswiese so lautet:

„Der Magistrat hat in der Sitzung vom 18. April genehmigt, unserem Verein 500 Mk. aus der „Abbegünstigung für gemeinnützige Zwecke“ zu gewähren. Die Auszahlung erfolgt am 6. Mai.“

Durch diese hochherzige Spende hat unsere vorgefährte Behörde wieder bewiesen, wie sie für das Wohl der städtischen Arbeiter besorgt ist!

Daher ist es nun Pflicht jedes Mitgliedes, durch Pflichttreue im Dienst zu beweisen, daß wir das Wohlwollen des Magistrats auch zu schätzen wissen.“

Wir hoffen, daß aus der Art, wie die Danziger Stadtvverwaltung die Arbeiter verhöhnt — statt angemessenen Lohnzulagen ein Geschenk von 500 Mk. aus einem Fonds für gemeinnützige Zwecke — die Kollegen endlich nun die Lehre ziehen werden, daß ihre Interessen in diesem Verein nicht vertreten werden können.

Darum, Kollegen, hinaus aus diesem Zerbrochenen Organisations- und hinein in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der einzigen Organisation, welche eure Interessen wirklich und energisch zu vertreten in der Lage ist. Gerade in Danzig ist uns zur Genüge bewiesen, daß, wenn wir eine Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erstreben, wir uns dieselben selbst erkämpfen müssen.

G. Baron.

Wasserbauarbeiter

An den Pfingsttagen fanden in Plattling, Deggenbors, Landsbut und Roosburg Versammlungen der Wasserbauarbeiter statt. In denen Gauleiter Sebald München über: „Ursachen u. Wirkung der Bauarbeiterausperrung“ sprach. Die Anwesenden hielten mit ihrer Entrüstung über die Brutalität dieses Gewaltaktes der Bauunternehmer keineswegs zurück. Insbesondere führte ihnen der Referent vor Augen, daß es sich nicht um einen Kampf der Bauarbeiter allein, sondern daß es sich um die Selbsterhaltung der gesamten deutschen Arbeiterschaft handelt, und daß schließlich auch die Staatsarbeiter indirekt von dem Ausgange dieses Reichenkampfes betroffen werden. Es handelt sich hier nicht um eine zufällige Einzelerscheinung, sondern dieser Gewaltakt bildet nur ein längst vorbereitetes Glied in der Kette, die geschmiedet werden soll, um die aufstrebende deutsche Arbeiterschaft auf lange Zeit zu fesseln. Redner besprach ferner die der Reichsversicherungsordnung, der preussischen Wahlreform, des durch das bayerische Landtagzentrum versuchten Raubes des Koalitionsrechtes der bayerischen Eisenbahnarbeiter zugrunde liegende Tendenz, die sich zusammenfassen läßt in das eine Bestreben, die deutsche Arbeiterschaft zu knebeln und zu unterdrücken. Die Quintessenz dieser Vorgänge sei, daß sich die gesamte Arbeiterschaft solidarisch zusammenfinden müsse, um sich in diesem mörderischen Kampf ihrer Haut zu erwehren; ein Appell, der namentlich an den christlichen Arbeitern nicht ungehört verhallen möge. Die weitere Aufforderung zur Betätigung weitgehendster Solidarität dürfte auch bei den Wasserbauarbeitern nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sein. Im übrigen kamen in diesen Versammlungen wieder eine große Zahl von Beschwerden ans Tageslicht, die so recht zeigten, wieviel auf diesem Gebiete noch geändert und verbessert werden muß. Die Flussbauämter können sich immer noch nicht recht daran gewöhnen, daß auch die Arbeiter mit Anträgen herbertreten; sie wollen völlig ungebunden sein. Die Selbstherrlichkeit der Bauämter ist Trumpf.

So führen die Arbeiter in Plattling Klage, daß sie an Lohnzahlungen nach Arbeitsluß oft zwei Stunden (!) weit um ihr Geld gehen müssen und von da erst wieder ein paar Stunden weit heim haben. Und doch wäre es ein leichtes, auf der Baustelle auszusagen. Auch ist es nicht gerecht, daß bei unvermeidlichen Entlassungen (wie kürzlich beim Hochwasser) nicht darauf gesehen wird, daß wenigstens die dienstälteren Arbeiter bleiben können.

In Deggendorf fand kürzlich die Sitzung des Arbeiterausschusses statt, wo gerade die Selbstherrlichkeit des Bauamtes wieder recht in die Augen fiel. Man will in Deggendorf (was zugleich auch für Plattling gilt) wohl eine Lohnerhöhung gewahren, aber beileibe nicht allen Arbeitern. Nur die älteren Wasserbauarbeiter sollen etwas bekommen. Hinsichtlich der Entfernungszulagen will sich das Bauamt nicht binden lassen. Die Herren wollen auch das „hübsche“ Wörtchen „tüchtig“, um das zurzeit im Baugewerbe erbittert gekämpft wird, ohne viel Aufhebens zu machen gleich in die Praxis überführen dadurch, daß die sogenannten „faulen Arbeiter“ leer ausgehen sollen. Die Notstandsarbeiter — als solche bezeichnet das Bauamt Leute mit weniger als drei Jahren Dienzeit — sollen überhaupt keine Lohnerhöhung erhalten. Eine solch merkwürdige Logik ist einfach unerhört. Denn erstens handelt es sich um keine Notstandsarbeit im landläufigen Sinne, sondern um ein klarumrissenes Bauprogramm mit etatsmäßig vorgesehenen Mitteln; zweitens werden doch in der Regel „Notstandsarbeiten“ nur im Winter gemacht, und schließlich haben die nur kürzere Zeit beschäftigten Arbeiter genau so unter der Feuerung zu leiden, wie auch jene, welche schon vor drei Jahren eingetreten sind. Natürlich wurde diese falsche Ansicht des Bauamtes bei der Arbeiter-Ausschussung durch unsere Vertreter nachdrücklich bekämpft; leider wurden diese von den unorganisierten und christlichen „Ausarbeitern“, wie schon so oft, wieder einmal im Stiche gelassen. Es sei an dieser Stelle nur auf einen Punkt verwiesen. Anstatt der bisherigen vierzehntägigen Lohnzahlung waren acht tägige Lohnfristen beantragt, und das Bauamt zeigte sich nicht abgeneigt, hierin den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Aber der Vertreter der Passauer Arbeiter erklärte: „Ich werde jetzt Straßenvorwärtler, da hätte ich bloß die Arbeit mit dem Lohnlisten machen.“ Dagegen meinte der Vertreter der Landauer Arbeiter: „Wenn alle acht Tage Lohnzahlung ist, dann bekomme ich meine 3 Mk. für das Ausgehen nicht mehr.“ (Erläuternd sei hierzu bemerkt, daß die Vorarbeiter für die Lohnzahlung und das damit verbundene Risiko jeweils 3 Mk. erhalten, wenn die zur Auszahlung gelangende Lohnsumme mehr als 200 Mk. beträgt. Der Straßenvorwärtler hat gewöhnlich nur wenige Leute und bleibt daher unter dieser Lohnsumme, der Vorarbeiter von Landau kommt bei vierzehntägiger Lohnzahlung über 200 Mk., während er bei acht tägiger Zahlung darunter bleiben würde.) Ganz drastisch äußerte sich der Vertreter von Bilschhofen, der dort zugleich Vorstand der christlichen Zahlstelle ist. Er meinte: „Warum soll ich mich rühren für die anderen, ich rüh' mich für mich selber.“ — Und so stimmten diese „Ausarbeitervorwärtler“ in Wahrung des höchsten eigenen Vorteils solche nützlichen Anträge unter den Tisch. Selbst der Vertreter des Bauamtes konnte eine späte Bemerkung ob solcher Gesinnungslosigkeit nicht unterdrücken. Hier zeigt sich so recht, wie nötig es ist, daß die Organisation noch mehr einsetzt und solche Vertreter für ihre Haltung zur Verantwortung zieht. Freilich wird es erst besser werden, wenn sich auch die Wasserbauarbeiter eifrig an der weiteren Ausbreitung der Organisation lebhafter als bisher betätigen.

In Landsbut ist es wieder ganz anders. Dort hat man im Gegensatz zu Deggendorf nur die Arbeiter mit der kürzesten Dienzeit und den niedrigsten Löhnen um 20 Pf. täglich aufgebessert, so daß jetzt der Mindestlohn 3 Mk. ist. Die übrigen ließ man leer ausgehen. Die Filiale Plattling, Deggendorf und Landsbut beabsichtigen nun, ihren Vorgesetzten je eine Widmungstafel mit der Aufschrift: „Was Du nicht willst, das man Dir tu, das füg auch keinem andern zu“, zu überreichen. Wenn dann diese stets den Spruch vor Augen haben, dürfte vielleicht doch auch endlich einmal danach gehandelt werden. Angesichts der herrschenden Feuerung, die alle Arbeiter dieser Bauämter gleichmäßig berührt, ist es dringende Aufgabe dieser Stellen, allen Arbeitern durch eine Lohnerhöhung entsprechende Erleichterung zu schaffen.

In Landsbut wird auch darüber geklagt, daß die Arbeiter ihr Geld sehr oft nicht richtig erhalten, sowie daß erst am Dienstag ausbezahlt wird. Die Arbeiter aber wünschen, am Samstag entlohnt zu werden. Das soll Schwierigkeiten machen. Die Arbeiter sind aber der Meinung, daß die 8 Mk., welche der Bauführer für das Verstellen der Lohnliste am Sonntag erhält, und die bei der Lohnzahlung am Samstag wegfallen würden, das unüberwindliche Hindernis bilden. Bei dem heutigen Stande der Technik und der Verwaltung dürfte es indessen möglich sein, die Lohnliste bis Samstag herzustellen. Zu dieser Vermutung gibt uns der Umstand, daß dies auch anderwärts möglich ist, wohl eine gewisse Berechtigung.

In Roosburg, welche Filiale sich aus Wasserbauarbeitern und Bediensteten des dort errichteten Münchener Wasserkraftwerkes zusammensetzt, sind die gleichen Klagen hinsichtlich der Wasserbauarbeiter zu verzeichnen. Auch hier sind durch das Hochwasser Entlassungen nötig geworden. Man erwische dabei merkwürdigerweise die älteren Leute, darunter einen Vorarbeiter mit etwa 30jähriger Dienzeit. Auf die Reklamation der Verbandsleitung suchte man sich darauf hinauszureden, daß bei den Flußbauämtern alles in Tagelohn eingestellt sei und deshalb niemand eine Dienzeit habe. Es dürfte nicht leicht möglich sein, in einem einzigen Satz soviel — na, sagen wir „Mloch“ — anzuhäufen, wie es hier geschah. Schließlich sah man aber das Ungehenerliche einer solchen Deduktion doch ein und beschäftigte nun die in Frage kommenden Leute an anderen Arbeitsplätzen.

Alles in allem genommen, muß gesagt werden, daß die Regierung und die Bauämter nicht gewillt sind, vom Landtag genehmigte Verbesserungen schnellstens durchzuführen. Sie können sich hierbei stützen auf die Ausführungen des christlichen Verbandsvorsitzenden und Zentrumsabgeordneten Oswald, der selbst die gefassten Beschlüsse nur als Programm aufgestellt wissen wollte. Weil aber weder den Wasserbauarbeitern, noch den übrigen Staatsarbeitern mit „Programmen“ gedient ist, so ist es Aufgabe, mittels der Organisation fleißig nachzuhelfen, damit wenigstens dort, wo die Arbeiter organisiert sind, bald Besserung geschaffen wird. In dieser Stärkung der Organisation liegt die Zukunft der Wasserbauarbeiter.

Notizen für Gasarbeiter

Berlin. Aus Anlaß unseres Leitartikels in Nr. 20 schreibt uns ein Kollege von der Berliner Revierinspektion noch das Folgende: „Nachdem in den Gaswerken die neunstündige Arbeitszeit eingeführt und die Zeit von morgens 8 bis 7 Uhr abends in den Monaten September bis Mai, in den Monaten Juni bis August von morgens 7 bis abends 6 Uhr festgesetzt wurde, sind die Arbeiter gegen früher an den Sonntagen schlechter gestellt. Seit Jahr und Tag bestand in den Revieren an den Sonntagen die Vergünstigung, daß um 6 Uhr abends Schluß war. Da wir in den Monaten Juni bis August morgens um 7 Uhr anfangen, müßte logischerweise an den Sonntagen um 5 Uhr Schluß sein. Aber weit gefehlt: „Der Arbeiter denkt und die Deputation lenkt.“ Die Arbeiter müssen im Sommer an den Sonntagen eine Stunde länger arbeiten.“ — Wir hatten seinerzeit bereits diese Rücksichtslosigkeit gezeigelt und auch die Berliner Ortsverwaltung hat alles versucht, um Abhilfe zu schaffen. Leider ist bis jetzt alles gescheitert an der Einfichtlosigkeit der Deputation. Jedenfalls muß die Forderung der verkürzten Arbeitszeit am Sonnabend immer wieder erneut erhoben werden.

Aus den Stadtparlamenten

Dresden. In der letzten Stadtverordnetenversammlung gelangte ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten zur Annahme, der für die städtischen Arbeiter besonders wichtig ist. Es handelt sich um die Vernehmung der Straßenbahn mittelst Arbeiterwohnkartens, welche zum Preise von 60 Pf. ausgegeben werden und für zwei Fahrten täglich gültig sind. Seit der Einführung des neuen Zonen tariffs (1. Oktober 1909) ist die Vernehmung dieser Karten recht eingeschränkt, sie gelten morgens nur bis 7 Uhr und abends erst nach 6 Uhr, und zwar nur für die Strecke für die sie gelöst sind. Für sehr viele unserer Kollegen haben daher diese Karten gar keinen Zweck, denn die Arbeitsstellen sind, besonders bei Kabel- und Rohrlegungsarbeiten jeden Tag anders gelegen. Den Streckenarbeitern bei der Straßenbahn geht es ebenso, sie sind heute hier morgen dort. Obendrein wechselt auch die Arbeitszeit infolge der Nacharbeiten sehr häufig. Aus diesen Gründen hatten alle Arbeiterauschussgruppen bei ihren Verwaltungen beantragt, daß mit Rücksicht auf die Natur der Arbeit die Wohnkarten zu jeder Tageszeit benützt werden können. Doch die Direktion der Straßenbahn verhielt sich ablehnend. Bei der Beratung des Stats der Straßenbahn brachten unsere Genossen diese Angelegenheit zur Sprache. Sie beantragten, daß erstens die Gültigkeit der Wohnkarten auf die Zeit bis 8 Uhr morgens und abends bereits von 4 Uhr ab verlängert wird und daß zweitens die städtischen Arbeiter die Wohnkarten zu jeder Tageszeit benützen können. Dieser Antrag wurde dem Verwaltungsausschuss überwiesen. Hoffen wir, daß er recht bald praktisch verwirklicht wird. — In derselben Sitzung wurde dem Vorschlag des Rates entsprechend beschlossen, den Zuschuß der Stadtgemeinde an den Zoologischen Garten auf jährlich 30 000 Mk. zu erhöhen. Durch diese Erhöhung des Zuschusses ist nun auch die Verwaltung des Gartens in den Stand gesetzt, das dem Personal gegebene Versprechen auf Gehaltsaufbesserung, welche unsere Kollegen Ende vorigen Jahres beantragten, zu erfüllen. Wir wollen hoffen, daß die Verwaltung ihr ehrenwörtlich gegebenes Versprechen recht bald einlöst.

Schw.-Gmünd. Dafür, daß Gemeindebetriebe Rusterbetriebe sein sollen, scheint man hierorts wenig Verständnis zu haben. In der letzten Gemeindevertreterversammlung brachte der G.-R. Klaus zur Sprache, daß einer Anzahl Stadttagelöhner gekündigt worden sei. Er fände das sonderbar, daß dieses jetzt geschehe, da doch die Rationalisierungsarbeiten auszuführen sind. Darauf wurde ihm vom Vorsitzenden der Bescheid, den Arbeitern sei gekündigt worden, um keinen zu großen Stamm Stadttagelöhner zu beschäftigen. „Wir haben das Bestreben, sie der Privatindustrie zuzuführen, die sonst Leute vom Lande heranzieht.“ Als darauf H.-A.-M. Lachenmaier erwiderte, die Stadt habe doch keine Verpflichtung, die Arbeiter vom Lande, welche die Privatindustrie heranzieht, zu beschäftigen, die Stadt in diesem Falle den Unternehmern aber billige Arbeitskräfte zuschützen wolle und man gar nicht gewillt sei, daß die Stadt Rusterergütliches leiste, verbat sich der Vorsitzende diese „Unterstellungen“. Die Stadt fahre billiger, wenn sie eine Arbeit an einen Unternehmer verzehe. Und G.-R. Zieher meinte: „Die Stadt ist für agitatorische Umtriebe der Stadttagelöhner nicht da.“ Darauf schloß der Vorsitzende die Debatte mit den Worten: „Wenn wir so weiter machen, haben wir in 2 Jahren 400 Arbeiter. Man muß doch auch an die Steuerzahler denken. Man könnte fast meinen, die Frage der Stadttagelöhner sei die Hauptfrage, die auf dem Rathhaus zu erörtern sei.“ Diese Verhandlungen beweisen, daß die bürgerlichen Stadtväter in Schw.-Gmünd mit ihrer sozialen Kenntnis nicht einmal beim Abo angelangt sind.

Aus unserer Bewegung

Altona. In einer am 12. Mai stattgehabten, sehr gut besuchten Versammlung wurde über die Anträge auf Erhöhung der Löhne verhandelt. Die Arbeiter der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, ferner die Stelarbeiter, die Arbeiter des Stadtbauamtes und das Personal der Badeanstalten hat Lohnforderungen gestellt. Diese wurden zum Teil schon vor mehreren Monaten erhoben. Die Kommission für die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, vertreten durch den Bürgermeister Dr. Schulz, hat dem Arbeiterausschuß dieser Betriebe beschreiben lassen, eine generelle Aufbesserung der Löhne könne, nachdem in den letzten Jahren den Gasarbeitern die Lohnsätze erhöht worden, nicht stattfinden. Andererseits sei aber zuzugeben, daß die Arbeiter der Wasserwerke, die Laternenwärter und das Personal der Elektrizitätswerke zu weit im Lohne zurückständen, und diesen Gruppen sollten die Löhne erhöht werden. Zu dem Behufe seien 20000 Mk. in den Etat eingestellt worden. Der Arbeiterausschuß vertrat demgegenüber die Meinung, es würden mindestens 29000 Mk. erforderlich sein, um nur den billigsten Anforderungen zu genügen. Herr Bürgermeister Dr. Schulz erklärte sich für seine Person grundsätzlich nicht abgeneigt, den geäußerten berechtigten Wünschen zu entsprechen. Darüber war die Arbeiterschaft sichtlich befriedigt. Unterdessen sind nun aber wiederum mehrere Wochen verfloßen, der städtische Haushaltungsetat ist in Kraft getreten, aber die in Aussicht gestellten höheren Löhne sind immer noch nicht gewährt worden. Dies hat wieder große Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft verursacht. Allseitig übereinstimmend wurde in der Versammlung der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, die Kommission der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke hätte bei gutem Willen ihre fraglichen Beratungen mehr beschleunigen und die Arbeiterschaft bereits in den Genuß der höheren Zulagen setzen können. Dasselbe müsse über die übrigen in Betracht kommenden Behörden gesagt werden. Die Arbeiterschaft sei unter keinen Umständen gewillt, diese Art der Behandlung ihrer dringlichsten Angelegenheiten noch länger gutwillig zu ertragen. Es wurde schließlich einstimmig folgende Resolution an den Magistrat zu richten beschlossen: „Die Versammlung der Altonaer städtischen Arbeiter unbillig in entschiedener Weise die bisher allgemein von den städtischen Verwaltungsbehörden beliebte Art der Behandlung der von der Arbeiterschaft über ihre Arbeitsbedingungen vorgelegten Eingaben, nämlich diese in der Regel erst nach vielen Monaten endgültig zu beantworten. Ueber diese Vernachlässigung Beschwerde zu führen und Abstellung der letzteren zu fordern, liegt auch gegenwärtig wiederum begründete Veranlassung vor in bezug auf die von den Arbeitern der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, den Stelarbeitern und dem Personal der Badeanstalten gestellten Anträge auf Erhöhung der Löhne. Alle diese Arbeitergruppen warten nun schon monatelang auf Bescheid, ob zugleich am Beispiel doch auch bereits die Kommission für die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke die Notwendigkeit der Aufbesserung der Löhne dem Grunde nach anerkannt hat. Unter Hinweis auf diesen Sachverhalt wendet sich die Arbeiterschaft beschwerdeführend an den Magistrat, dieser wolle die angerufenen Verwaltungsbehörden zu ihrer Pflicht anhalten und verfügen, daß die beantragten Lohnerhöhungen zum 1. Juni d. J. in Kraft gesetzt und vom 1. April d. J. ab nachgezahlt werden.“ Alsdann wurde von den Gasarbeitern Beschwerde geführt, daß in diesem Jahre die dreijährigen Arbeiter nur drei Tage Sommerurlaub erhalten sollen, wohingegen in den letzten Jahren alle ein Jahr beschäftigten Arbeiter sechs Tage Sommerurlaub erhielten. Es wurde be-

schlossen: „Die Versammlung richtet an den Magistrat das dringliche Ersuchen, unverzüglich Bestimmungen aufzustellen und herauszugeben, durch die der Sommerurlaub für die städtischen Arbeiter aller Betriebe einheitlich und grundsätzlich gleichmäßig geregelt und durchgeführt wird, diese Verfügung auch allen Arbeitern durch Anschlag auf den Betriebsstellen bekanntzugeben.“

Delfen. In einer Versammlung am 19. Mai wurde über die Aussperrung der Bauarbeiter eingehend verhandelt. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, bis zur Beendigung der Aussperrung sich mit Extrabeiträgen nach besten Kräften zu beteiligen.

Fürth. Am 7. Mai hielten die städtischen Arbeiter Fürths im Evorasale eine Versammlung ab, um gegen die Verschleppungspolitik, welche seit Jahren mit den Eingaben der Arbeiter getrieben wird, zu protestieren. Die Mitglieder der beiden städtischen Körperschaften waren zum Erscheinen aufgefordert, hatten es jedoch vorgezogen, nicht zu erscheinen, bis auf die Parteigenossen und nur einem bürgerlichen Herrn, Herrn Wagenhöfer. In einstündiger Ausführung zergliederte H. B. H. die vielgepriesene Sozialpolitik der Stadtverwaltung. Wenn auch Fürth immer als sozial fortgeschritten gepriesen werde, so sei die soziale Arbeiterfürsorge doch noch lange nicht dieses Lobes wert. Auch nehme man sich im Rathhause außerordentlich viel Zeit hierin. So wurde z. B. am 28. Oktober 1908 dem Magistrat eine Eingabe unterbreitet, welche bis heute nur zu einem Teil von den städtischen Körperschaften erledigt sei, während der andere Teil trotz wiederholter Erinnerung noch auf seine Verabschiedung warte. Teilweise wird es gar nicht für nötig gehalten, dem Einsender eine Antwort zukommen zu lassen, oder dieselbe verzögert sich bis auf dreiviertel Jahr. So ist es auch mit den Arbeiterausschüssen. Diese scheinen nur zur Staffage da zu sein, denn auch ihre Verlangen werden entweder nur sehr wenig oder gar nicht beachtet. Da, wo Verbesserungen bestehen, verstehen es dagegen die Herren Vorgesetzten in vorzüglicher Weise, dieselben zu verhandeln oder zu verfallen. Leider ist diesen Herren noch sehr viel Recht zuzuteil. Es wurden die verschiedenen Betriebe einer Kritik unterzogen, wobei hervorzuheben ist, daß die meisten Beschwerden im Elektrizitätsbereich vorkam. Dieses Werk gleich bis zurzeit einem wahren Taubenschlag. Eigentümlich ist es, daß im Gaswerk Beschwerden darüber laut werden, daß seit dieses Werk dem Direktor des Elektrizitätswerkes unterstellt ist, in demselben Änderungen eingeführt werden sollten, welche direkt als Verschlechterungen für die Arbeiter bezeichnet werden müssen. In der Grubenentleerung wurde vor längerer Zeit ein Arbeiter entlassen. Wiewohl damals gesagt wurde, daß dies nur für vorübergehende Zeit sei, ist der Arbeiter bis heute noch nicht wieder eingestellt, wohl aber andere Arbeiter. — Die anschließende Diskussion zeigt recht deutlich die Erregung unter den Arbeitern über die Art und Weise, wie mit ihnen umgegangen wird. Am Schlusse der Versammlung wurde die Gausleitung beauftragt, beschwerdeführend beim Magistrat vorstellig zu werden.

Heilbronn. Die Industriereiche alte historische Stadt im schönen Neckartal beschäftigt etwa 250 Mann, trotzdem viele Angehörige der reichsten Leute hier wohnen, ist die Lage der Gemeindegewerkschaft keine glänzende. Die Gasarbeiter arbeiten noch in zwölfstündiger Schicht. Die vor zwei Jahren zustande gekommene Arbeitsordnung hat besonders die Monteure des Gaswerks nicht befriedigt. In der dritten Lohnklasse, in welcher der Anfangslohn 42 Pf. pro Stunde ist, rüden die Arbeiter um 10 Pf. in den drei ersten Jahren alljährlich, dann alle drei Jahre um 10 Pf. für die zehntägige Arbeitszeit vor, bis der festgesetzte Höchstlohn dieser Klasse erreicht ist. Dieser Klasse sollten unter anderen auch die selbständigen Monteure (gelernte Handwerker) angehören, aber die gegenwärtig bezahlten Löhne stimmen mit der seit zwei Jahren bestehenden Arbeitsordnung nicht überein. Von 38 bis 42 Pf. bewegt sich gegenwärtig der Lohn der Monteure und letzteren bekommt ein Laternenwärter erst seit April d. J. Wenn nun der einzelne den bis jetzt bezahlten Höchstlohn von 43 Pf., weil es das Schmaroken gut versteht, erreicht hat, läßt der Lohn der übrigen Monteure sowie der gesamten Arbeiterschaft, angesichts der Leistungen und der von der Privatindustrie bezahlten Löhnen viel zu wünschen übrig. Anlaß zu Mißstimmungen unter den Monteuren gibt auch, daß von seiten des Installationsmeisters immer diejenigen bei der Direktion befristet werden, daß die Instandhaltung der Straßenbeleuchtung abends diejenigen besorgen, welche mit dem Meister gut befreundet sind. Eine Abwechslung sollte hier für geboten erscheinen, damit die Monteure Gelegenheit hätten, sich in den Laternenstrichen zu orientieren. Das wird nicht zuletzt auch im Interesse des Gaswerks liegen. Da aber mit dem Steigen der Teuerung die Lebensbedingungen der städtischen Arbeiter immer schlechter werden, wurde von den organisierten Kollegen beschlossen, eine diebezügliche Eingabe bei den zuständigen Verwaltungsstellen einzureichen, deren Berücksichtigung unserer Wünsche schon ein halbes Jahr auf sich warten läßt. Hoffen wir nun, daß in allernächster Zeit die von uns erbetene Lohnerhöhung mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1910 eingerichtet wird. Von dem unserm Verband noch fernstehenden

Kollegen erwarten wir, daß sie diesem beitreten. Sie sollen uns als Mitstreiter für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herzlich willkommen sein.

Kassel. Am Pfingstsonntag wurde die Leiche des durch Unglücksfall aus dem Leben geschiedenen Gasarbeiters zur Ruhe gebettet. Auch Direktor Eijele legte am Grabe einen Kranz nieder und widmete dem Verstorbenen einen warmen Nachruf. Der Verstorbene war, wenngleich streng christlich, bei uns eines der ältesten und überzeugtesten Mitglieder. Den Hinterbliebenen wurde durch Sammlung Unterstützung zuteil.

Mün. In der im Volksbause abgehaltenen Generalversammlung referierte Geuleiter Heing-Düsseldorf. „Der Kampf ums Dasein“ war der Grundgedanke des interessanten, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages. Die Kalklosigkeit der Antwort so mancher Kollegen, wenn an sie das Ersuchen gerichtet wird, in die Reihen der kämpfenden Arbeiter einzutreten: „Es hat ja keinen Zweck, es wird doch nicht besser!“ wurde durch die Ausführungen des Referenten glänzend bewiesen. Alles muß sich die Arbeiterschaft erkämpfen, von niemand hat sie etwas zu hoffen. Will sie für sich und die Ihrigen das Dasein möglichst angenehm gestalten, dann ist dies nur durch die eigene Kraft möglich. Alle soziale Gesetzgebung, mit welcher die herrschenden Klassen so gern prunken, ist nur Stückwerk und kann die Not des Proletariats nicht dauernd lindern. Sie ist unzulänglich, was die Zahlen des reichsstatistischen Amtes beweisen. Hunderttausende sterben an der Tuberkulose. Will man wirkliche Sozialpolitik treiben, so sorge man, daß die Arbeiterschaft einen zum Leben ausreichenden Lohn erhält und die Arbeitszeit entsprechend verkürzt wird. Die Zahlen der jährlichen Unfälle, ob sie nun den Tod herbeiführen, ob sie dauernde oder vorübergehende Erwerbsunfähigkeit nach sich ziehen, zeigen, wieviel Elend über die Arbeiterschaft auf Grund der Profitgier des Unternehmertums gebracht wird. Trotzdem geht dem im Unternehmertum verkörperten Kapitalismus die staatliche soziale Gesetzgebung noch zu weit, und sie trachten danach, solche Leute in die gesetzgebenden Körperschaften zu wählen, die ihnen genehm sind. Die Wirkung der Schutzpolitik bedingt die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel. Das ganze Dasein hängt eben ab vom Besitz; der Kapitalismus ist die Quelle alles Übels. Unüberbrückbar ist die Kluft zwischen jenem und der arbeitenden Klasse, und alle Forderungen, die man von staatlicher oder privater Seite zu treffen sucht, trägt nicht dazu bei, die Gegensätze zu mildern. Der Kampf, den die Arbeiterschaft noch zu führen hat, um ein menschenwürdiges Dasein zu fristen, ist nicht zu übersehen. Wir kämpfen weiter und haben die Hoffnung, Sieger zu bleiben, doch heißt es, die Reihen zu stärken und neue Kämpfer zu gewinnen. Holl. Heing bewies an Hand eines reichhaltigen amtlich-statistischen Materials die Richtigkeit seiner Ausführungen. Holl. Glas gab hierauf die Abrechnung des 1. Quartals 1910, und es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Die Einnahmen betragen 462,57 Mk., die Ausgaben 1888,93 Mk. An den Hauptvorstand wurden gesandt 1911,29 Mk., an Krankenunterstützung wurde gezahlt 670,58 Mk., Arbeitslosenunterstützung 84 Mk. und an Unterstützung in Notfällen 41,67 Mk. Die Zahl der Mitglieder stieg auf 750. Unter „Verschiedenes“ wurde auf den zurzeit tobenden Kampf im Baugewerbe hingewiesen und eine Resolution einstimmig angenommen, wonach sich die im Gemeindegewerkschaften organisierten Kollegen verpflichten, die ausgesperrten moralisch und finanziell zu unterstützen.

Magdeburg. Am 14. Mai fand eine außerordentliche Generalversammlung bei Lichtfeld statt. Den vorstehenden Kollegen Pradelt ehrte man in üblicher Weise. Da die Tagesordnung der Aprilversammlung nicht erledigt war, wurde darin fortgefahren. Mitgeteilt wurde, daß der Branddirektor die Straßendreiniger einen Reviers hat unterschreiben lassen, wonach sie ohne Kündigung entlassen werden können. Eine Beschwerde beim Magistrat hatte die Folge, daß dies zurückgenommen wurde. Weil der Magistrat keinen Vorsitzenden der Arbeiterausschüsse kannte, wurde eine Deputation vorstellig. Hierüber gab Kollege Rieter einen Bericht. — Da der Kollege Senft seine Ämter niedergelegt hat, wurde als Vorsitzender Rieter gewählt. Als Unterassistent wählte man Silberbach, als Kartelldelegierten Pistor. Den Rapportbericht vom 1. Quartal brachte Förster. Die Einnahme betrug 3529,88 Mk., die Ausgabe 726,05 Mk. An Unterstützungen wurden gezahlt: in Sterbefällen 110 Mk., an Kranke 441,98 Mk., an Arbeitslose 38,01 Mk.; an den Hauptvorstand wurden 1981,32 Mk. gesandt, in der Filiale bleiben 822,51 Mk. Am Ende des vorigen Jahres waren 558 Mitglieder, Ende des 1. Quartals 609 Mitglieder vorhanden. Dem Kassierer wurde Rechnung erteilt. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die am 2. Mai stattgefundene Vorstandssitzung weist das unmodifizierte Verhalten einiger Kollegen in der letzten Generalversammlung im April zurück und erwartet, daß derartige Vorfälle sich nicht wiederholen. Eventuell ist diesen Kollegen der Hinweis auf die Geschäftsordnung und die Folgen dieser Verhinderung vorzubehalten.“ — Den Kartellbericht gab Eierwald. Von der Gaukonferenz berichtete Rieter und von der Krankenkassenvorstandssitzung Förster. Am 22. Mai findet ein Ausflug nach Gommern statt. Das Wandermuseum in der „Harmonie“ wird am 28. Mai besucht. Treffpunkt bei Holze. Zum Einigungsfest wurde ein Komitee gewählt.

Strasburg. Wenn in einer Gemeindeverwaltung keine Sozialdemokraten sind oder, wie dies hier der Fall war, dieselben durch den bürgerlichen Interessentklingel hinausgewählt werden, so bedeutet dies einen Nachteil für die gesamte Bürgerschaft nicht nur deshalb, weil eine große Bevölkerungsschicht nicht mehr vertreten ist, sondern bereits mehr noch deshalb, weil keinerlei Kontrolle mehr vorhanden ist, ob und wie die einzelnen bürgerlichen Parteien und ihre Vertreter absichtlich oder „zufällig“ eigene Vorteile zu ergattern suchen und wie sich die Verwaltung zu derartigen Bestrebungen stellt. Kein „zufällig“ ist es jedenfalls, daß kaum ein Vierteljahr nach der Gemeinderatswahl 1908 der Sohn des Herrn Gemeinderats Andres als Gärtner in der Orangerie eingetreten ist. Der Mann hat aber erbtlich von seinem begüterten Vater Haus und Garten, hätte also genügend Arbeit und Auskommen, während ein anderer armer Teufel die städtische Beschäftigung gut gebrauchen könnte. Weiter wurden im letzten Jahre drei Arbeiter in der Orangerie eingestellt, welche, jedenfalls auch „rein zufällig“, Nachbarn des Herrn Andres und als zuverlässig für die „gute Sache“ bekannt sind, während schon früher vorgemerkte Arbeiter nicht berücksichtigt wurden. Somit sind jetzt ein schon länger beschäftigter Cousin, ein Sohn und drei nähere oder weitere Nachbarn des Herrn Andres in der Orangerie beschäftigt. Das sind fünf Arbeiter, welche eine städtische Hausmacht repräsentieren, und Herr Zuspeltor Frid mag sich in acht nehmen, daß er in keine Differenzen damit kommt, es könnte ihm sonst leicht passieren, daß er „ganz zufällig“ einen kräftigen Wischer bekommt. Haben vielleicht die Herren Frank und Baly deshalb gegen die Beschäftigung der unthätigen Theaterarbeiter in der Orangerie gesprochen, weil sie die Orangerie für eine Domäne von Herrn Andres hielten? Dabei erinnern wir daran, daß im vorigen Jahr ein Orangeriewächter entlassen wurde, der gelernter Gärtner war und sieben volle Jahre seinen Dienst zur Zufriedenheit machte, auch heute noch ohne Arbeit ist, während ein anderer Wächter, der nur drei Jahre da ist, aber als Liebling von Herrn Frank gilt, heute noch beschäftigt ist. Hat hierzu das Kirchengeben vielleicht beigetragen, daß dem letzteren die Herzen der Verwaltung so günstig gestimmt wurden? Diese Entlassung des Dienstalters verstoßt zwar direkt gegen die Arbeitsregelung, aber dennoch wurde sie vom Gemeinderat beschlossen. Allerdings war derselbe vom Bürgermeisterrat nicht richtig orientiert und letzteres vielleicht nicht richtig von der Betriebsleitung. Und der Herr Bürgermeister, bei dem der Mann vorsprach, hatte keine Zeit, die Sache zu untersuchen. — Rimmt man die Feuerwehrgeschichte dazu, so erhält man ein schönes Bild von der gegenwärtigen Wirtschaft in den städtischen Betrieben.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Verbandstage und Kongresse.

In der Verschmelzung der deutschen Gewerkschaften zu Industrieverbänden ist wieder ein erfreuliches Schritt vorwärts getan worden. Vom 9. bis 11. Mai tagten in Hamburg die Verbände der Transportarbeiter, Gasarbeiter und Seelente, um zu der Verschmelzung Stellung zu nehmen. Alle drei Kongresse sprachen sich einstimmig für die Verschmelzung aus. Diese Beschlüsse wurden alsdann am 12. Mai auf dem gemeinsamen Verbandstage gleichfalls einstimmig angenommen. Damit wird der Zusammenschluß zum gemeinsamen Verband der deutschen Transportarbeiter am 1. Oktober 1910 perfekt. Der neue Verband umfaßt insgesamt circa 135 000 Mitglieder. In die Verbandsleitung wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Schumann-Berlin; 2. Vorsitzender: Böring-Hamburg; Sekretäre: Müller-Hamburg, Simpel und Pause-Berlin; Kassierer: Kähler-Berlin; Redakteur: Dreher-Berlin. Der Sitz des Verbandes ist Berlin. Der nächste Verbandstag wird in Breslau abgehalten.

Auch der Verbandstag der Mühlenarbeiter, welcher während der Pfingstfeiertage in München abgehalten wurde, diente in der Hauptsache ebenfalls der Verschmelzungsfrage. Vom Verbandsvorstand wurde der Zusammenschluß mit dem Bäder- oder Brauereiarbeiterverband empfohlen. Die Abstimmung ergab am dritten Verhandlungstage folgendes Resultat: Für die Verschmelzung mit den Bädern stimmten 11 Delegierte, die 1210 Mitglieder vertreten, dagegen 23 Delegierte, die 2691 Mitglieder vertreten. Diese Abstimmung war nur provisorisch. Es wurde dann über den Zusammenschluß mit den Brauereiarbeitern abgestimmt, wofür 31 Delegierte (3509 Mitglieder) stimmten, dagegen 3 Delegierte (392 Mitglieder). Die Verschmelzung mit den Brauereiarbeitern ist damit beschlossen. Verbandsvorsitzender Kappeler gab noch bekannt, daß die Delegierten an dem Verbandstag der Brauer teilzunehmen haben und dort das Statut festgelegt wird. Auch hier tritt die Verschmelzung am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Auf dem Verbandstage der Maschinisten und Heizer, welcher vom 15. bis 18. Mai dieses Jahres tagte und im Hamburger Gewerkschaftshause abgehalten wurde, fand die Frage der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband seine Erledigung durch eine Resolution. Diese hält den Zusammenschluß

nach für verfrüht, aber empfiehlt, den Fusionsgedanken austreiben zu lassen. Bezüglich der Grenzreitigkeiten wurde der Verbandsverband beauftragt, mit den Hauptvorständen der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Brauereiarbeiter und sonstiger in Frage kommender Verbände zwecks gegenseitiger Verständigung, unter Hinzuziehung der Generalkommission, in Verbindung zu treten.

Auch der Zentralverband der Handlungsgehilfen lagte zu dieser Zeit im Hamburger Gewerkschaftshause. Er beschäftigte sich unter anderem auch mit dem Stellenvermittlergesetz und der Arbeitskammergesetzvorlage, deren Unzulänglichkeit besonders für die Handlungsgehilfen durch Resolutionen zum Ausdruck gebracht wurde. In der Verschmelzungsfrage mit anderen Verbänden wurde einstimmig beschlossen, mit den Verbänden der Vaganten und Bureauangestellten in Verhandlung zu treten. Ferner fand folgender Antrag Annahme: Der Verbandsvorstand wird beauftragt, Fühlung mit dem Verband der Vorstandsmitglieder genossenschaftlicher Unternehmungen betreffs einer Verschmelzung zu nehmen.

Der Gedanke, die Verbände leistungsfähiger zu gestalten und die Reibungsflächen bei Grenzreitigkeiten zu vermindern, beherrschte also sämtliche Verbandstage. Kögen auch die nachfolgenden Kongresse energisch zum Zusammenchluss drängen.

Gewerkschaftsjubiläum. Die „Glaszerzeitung“ erschien am 30. April im Festgewande aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Organisation. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit circa 1000. Die Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband wurde bislang zwar abgelehnt, dürfte aber nur noch eine Frage der Zeit sein. — Auch die Buchbinder blickten am 1. Mai auf eine 25jährige Organisationsarbeit zurück. Im Auftrage des Verbandsverbandes ist aus diesem Anlaß die Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes, Band 1, herausgekommen, verfaßt von E. Kloth. Darin wird neben der Entschung der Buchbinderei geschildert, wie die Zünfte und Gesellenverbände im Mittelalter tätig waren und insbesondere auch, wie weit sie die Arbeitsbedingungen zu regulieren“ versuchten. Interessente Dokumente aus den Jahren 1848, der Sozialistengesetzgebung und Auflösung des Verbandes 1878 sowie die geschichtliche Darstellung der letzten 25 Jahre reihen sich an und bieten so ein umfassendes Geschichts- und Quellenwerk. Zurzeit zählt der Verband circa 25000 Mitglieder. — Die „Handlungsgehilfenzeitung“ erschien am 10. Mai 1885 zum erstenmal und ist im Laufe dieser 25 Jahre nach mehrfachen Titeländerungen usw. heute mit circa 13000 Auflage ein mannhafter Streiter für die Rechte der Handlungsangestellten im weitesten Sinne.

Gewerkschaftsliteratur. Aus Anlaß des Verbandstages gab der Zentralverband der Maschinisten und Deitzer den Vorstandsbericht für 1908/09 heraus. — Vom Verband der Steinseher usw. kam der Jahresbericht 1909 zugleich mit dem Bericht an den achten Verbandstag in Köln heraus. — Der Zentralverband der Schmiede behandelt im Jahrbuch 1909 eingehend alle Organisationsfragen seines Gebietes.

Verbandstag der Oirsch-Dunderschen Gewerkschaft. In Berlin fand vom 17. bis 22. Mai der 17. Verbandstag der „Girische“ statt. Schon in der Einleitungsrede des Vorsitzenden Goldschmidt kamen allerhand recht fragwürdige Werturteile zum Ausdruck. Unter anderem behauptete der unsern Kollegen nur zu bekannte Freisinnstreiter, der sozialdemokratische Brandtwein, selbst sei eigentlich eine Anregung der Gewerkschaftler. Dabei berief er sich auf den Genossen Löbe-Breslau, wurde aber in einer von diesem in der Tagespresse veröffentlichten Nichtigstellung völlig desaboniert. Also mit dieser Wichtigmacherei war es wieder einmal nichts. Sein Schlusswort klang darin aus, daß die deutschen Arbeiter sich ausgerechnet durch Compers über die Notwendigkeit und Nützlichkeit der strikten Fernhaltung von politischen und religiösen Fragen aus der Gewerkschaftsbewegung belehren lassen sollten. Dafür wurde ihm am zweiten Kongressstag durch einen Vertreter der Maschinenbauer und Metallarbeiter die geübte Antwort, die auch von anderen lebhaft unterstützt wurde. Goldschmidt hatte auch davon gesprochen, daß die liberalen Parteien in Zukunft hoffentlich sich mehr der gerechten Forderungen der Arbeiter annehmen werden. Der schon genannte Metallarbeiter antwortete darauf kurz und entschieden, er gebe auf liberale Parteien nichts mehr. Diese Empfindung kam auch darin zum Ausdruck, daß vom Verbandstage eine bessere Vertretung der Gewerkschaft in den Parlamenten gefordert wurde. Außerdem sprach man noch über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis, die Reform des Arbeitsrechtes und die Neuregelung des Koalitionsrechtes. Zu dem bereits genannten Punkte wurde eine Resolution angenommen, die sich dahin ausspricht, daß in der Forderung der Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus dem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis das wichtigste Prinzip für die gesamte Tätigkeit der Gewerkschaften erblickt wird. Nicht unerwähnt bleiben darf die ungeheuerliche Flaumacherei des Vorsitzenden Goldschmidt. Als der doch gewiß zahme Stadtrat Dr. Neß sich seine Meinung zum Arbeitsrecht darlegte, führte er u. a. richtig aus:

„Da die unermessliche Bevölkerung durchaus auf das Eingehen von Arbeitsverhältnissen und auf das Verbleiben in diesen angewiesen ist, ist der, der über die Produktionsmittel verfügt, vielfach in der Lage, die Bedingungen, unter denen er andere zur Arbeit zuläßt, nach seinem Ermessen oder nach seiner Willkür umzugestalten. Hierdurch kann sich eine Herrschaft der Produktionsleiter über die Arbeiter entwikkeln, die weiter geht, als es der Erfolg der Produktion erfordert, und die um so unbeschränkter ist, je mehr Produktionsmittel, wie Kapital, Grund, Boden, Maschinen in einer Hand vereinigt sind und je weniger der einzelne Arbeiter andere Arbeitsmöglichkeiten zu finden vermag. Aufgabe des Gesetzgebers ist es, die Entwicklung eines solchen, mit der Grundlage der Staatsordnung, der Gleichheit der Staatsbürger, nicht in Einklang stehenden Rechtsverhältnisses zu verhindern. Die Arbeiter können keiner Partei angehören, welche die gegenwärtige, zur Herrschaft des Produktionsleiters über den Arbeiter führende Gestaltung des Arbeitsverhältnisses unverändert aufrechterhalten will. Sie können jeder Partei bei Durchsetzung solcher Maßregeln sich anschließen, durch die das Arbeitsverhältnis in der einen oder anderen Beziehung aus einem Rechtsverhältnis in ein Rechtsverhältnis umgewandelt wird.“ Das war dem Freisinnsmann Goldschmidt, der sich dabei wohl selbst getroffen fühlte, zu stark und so hatte er allerhand „Bedenken“ gegen die Thesen des Referenten. Erst Gleichauf erjuchte ihn dann dringend, doch nicht soviel Wasser in den Wein des Referenten zu schütten! Der berühmte Erkeleng schwieg sich in dieser ihn doch besonders bewegenden Debatte völlig aus. Auch in der „Neutralitätsfrage“ am 4. Verbandstag kam nichts Positives zutage. Vielmehr konnte Redakteur Lewin widerprüchlos erklären: „Auch Erkeleng ist jetzt zurückgekommen von dem Standpunkt seines Artikels, Neutralität ist Unsin, und zurückgekehrt zu seiner alten Liebe, der Neutralität.“ Neben einigen organisatorischen Änderungen wurden durchgeführte Neureinigungen nicht vorgenommen. Eine Beitragserhöhung wurde in geheimer Sitzung abgelehnt. Auch die Wahlen brachten das bisherige Resultat. Goldschmidt als Vorsitzender erhielt 36 von 44 abgegebenen Stimmen, Lewin als Redakteur 27 gegen 16 Stimmen, die auf Anton Erkeleng fielen. Der leberne Charakter des „Gewerksvereins“ wird also dem Verbands erhalten bleiben. Keuffert und Erkeleng blieben Sekretäre. Das Gehalt des Vorsitzenden wurde auf 3000 Mk., das der übrigen Beamten auf 2700 Mk. festgesetzt. Auf dem Kongress ist sehr viel über das „erfreuliche Wachstum“ gesprochen worden. In nachfolgendem geben wir eine Zusammenstellung der Mitgliederziffern für Ende 1908 und Ende 1909, sie zeigen, daß die Freude etwas stark ausgefallen ist.

| Gewerksverein | Zahl der Mitgl. | | Gewerksverein | Zahl der Mitgl. | |
|-------------------------------|-----------------|---------|-----------------------------------|-----------------|---------|
| | Ende 08 | Ende 09 | | Ende 08 | Ende 09 |
| Metallarbeiter | 37 978 | 37 647 | Jahrl. u. Handarb. | 16 256 | 16 597 |
| Deutsche Kaufleute | 18 178 | 18 300 | Holzarbeiter | 5 465 | 5 322 |
| Schuhmacher und Lederarbeiter | 5 250 | 5 080 | Textilarbeiter | 6 351 | 7 036 |
| Schneider | 4 473 | 4 616 | Graphische Berufe | 1 708 | 1 339 |
| Löpler, Hiesler | 1 725 | 1 525 | Bauhandwerker | 769 | 830 |
| Deutsche Frauen | 686 | 683 | Labalarbeiter | 1 900 | 2 050 |
| Vergarbeiter | 2 064 | 2 405 | Bildhauer | 316 | 375 |
| Rundtore | 187 | 112 | Schiffszimmerer | 843 | 985 |
| Brauer | 1 021 | 970 | Rechtschläger | 43 | 48 |
| Gemeindearbeiter | 1 189 | 1 244 | Steinarbeiter | 157 | 200 |
| Eisenbahner | 120 | 1 100 | Gärtner | 70 | ? |
| Handelsreisende | 164 | ? | Selbständige Berufe | 121 | ? |
| Maschinisten | ? | 57 | Ortsvereine ohne Bericht für 1909 | — | 708 |

Die Gesamtziffern lauten für 1908 auf 105 568, für 1909 auf 108 028 Mitglieder. Ist eine Zunahme von 2300. Dem Wachstum einiger weniger Gewerksvereine steht das völlige Bedeutungsloswerden einer ganzen Anzahl anderer gegenüber. In unserem Berufe sind die Girische um 255 mehr geworden. In dessen ist dabei zu bemerken, daß erstens die Gemeindearbeiter überhaupt noch keine Abrechnung in diesem Jahre einreichten, die Ziffer also eine fiktive ist. Zweitens gruppieren sich die G.-D. Gemeindearbeiter fast ausschließlich aus Straßeneinigern, für die es nur eine Frage der Zeit sein dürfte, daß sie endlich den nötigen Opfermut finden und bei uns die höheren Beiträge zahlen, denn nur die unlauteren Schmuckkonturen von 40 bis 50 Pf. pro Monat Beitrag vermag diese neuere G.-D. Vereinsblüte über Wasser zu halten. Immerhin kann auch dieser Verbandstag dazu dienen, den Kollegen über ihre mehr als pflaumenweichen „Vertreter“ die Augen zu öffnen; was hoffentlich von unsern Kollegen entsprechend gehandhabt wird.

Rundschau

Ueber die sozialpolitische Bilanz des Reichstags 1909/1910 gibt Prof. E. Brande in Nr. 33 der „Sozialen Praxis“ ein zusammenfassendes Bild, das selbst vom Standpunkt dieses bürgerlichen Sozialreformers wenig erhabendes zeigt. Die wichtigen sozialpolitischen Gesetze über Arbeitskammern und Hausarbeit sind zur nächsten Session verabschiedet worden. Die famose Reichsversicherungsordnung — das neue Ausnahmengesetz — ist verlag und soll von einer Kommission „durchgearbeitet“

werden. Nur das lenkenhafte Stellenvermittlungsgesetz und die Regelung des Kaliberbaus sind zur Verabschiedung gelangt. So ist aus dieser Tagung der greifbare Gewinn für die Sozialreform nicht übermäßig. Frände weist zum Schluß auf die Notwendigkeit hin, vor den Neuwahlen zum Reichstag 1911 mehr sozialpolitische Gesetze zu schaffen. — Wir sind der Meinung, daß dieser Reichstag auch in der Herbstsession nichts Besseres zustande bringen wird. Daß ihn die strafende Nemesis bei den Neuwahlen alsdann erreicht, dafür zu sorgen ist unsere Aufgabe!

Eine Kundgebung des Kartells der Wehr-Frieger. Die Staatsarbeiter-Vereinigungen haben, wie wir früher ausführlich berichteten, sich zu einem nationalen „Kartell der Staatsarbeiter“ zusammengeschlossen. Das ließ nun die „Christlichen“ nicht ruhig schlafen und so gründeten sie flugs gleichfalls ein „Christliches Kartell der Staatsarbeiter“, das noch pflaumenweicher sein wollte. Gegen diese „unlautere Konkurrenz“ wendet sich nun das „nationale Kartell“ in einer Zuschrift an den „Dresdener Anzeiger“ vom 20. Mai, worin es u. a. heißt: „Die aus christlichen Gewerkschaftskreisen bezüglich des Ostern dieses Jahres in Berlin angeregten Verbandsartikels der Reichs- und Staatsarbeiterverbände in die Welt gestreuten Gerüchte sind von A bis Z unzutreffend. Sämtliche an den Vorverhandlungen beteiligten Reichs- und Staatsarbeitervereinigungen stehen auf nationalem Boden, sie alle achten und ehren jede religiöse Anschauung — wenn sie auch ihren Patriotismus und ihre christliche Gesinnung nicht stets im Munde führen und nicht bei jeder Gelegenheit mit ihnen prunken. Sie unterscheiden sich von den der christlichen Arbeiterbewegung angeschlossenen Reichs- und Staatsarbeitervereinigungen in der Hauptsache dadurch, daß sie sich gegenüber dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften ablehnend verhalten. Teils deswegen, weil sie eben der Ansicht sind, für den Reichs- und Staatsarbeiter sei kein Platz in der Reihe von Organisationen, die gegebenenfalls auch den Streik in ihre Dienste stellen, zum anderen Teile, weil sie sich nicht den Zwecken einer bestimmten politischen Partei nutzbar machen lassen wollen. Von einer Sinneigung zu liberal-demokratischen Tendenzen, von einer Führerschaft radikal angehauchter Personen ist ganz und gar keine Rede.“ — Wem ist nun die Palme in Seriosität, in Patriotismus und „christlicher“ Gesinnung zuzuerkennen? Uns will bedünken, als wenn sie alle beide — duften. Staatsarbeiter, die nicht vor lauter Knechtseligkeit winseln und ihre Interessen mannhaft vertreten wollen, gehören in die moderne Gewerkschaftsorganisation!

Der Kampf im Baugewerbe. Der Vorstand des Arbeiterbundes im Baugewerbe gibt die Zahl der bis zum 15. Mai festgestellten ausgesperrten Bauarbeiter auf 197 240 an. Wahrscheinlich ist die Zahl wieder sehr hoch gegriffen, vielleicht schon deshalb, um auf die augenblicklich bevorstehenden Einigungs-verhandlungen im Sinne der Unternehmer zu wirken. Aussehen ist es den Unternehmern aber doch gelungen, durch ihre terroristischen Maßnahmen die Aussperrung zu erweitern. Der gesamten deutschen Arbeiterschaft erwächst dadurch die doppelte Pflicht, diese durch die Unternehmer vollzogene frivole Erweiterung des Kampfes durch doppelten Eifer in der materiellen Unterstützung ihrer kämpfenden Arbeitsbrüder zu beantworten! — Inzwischen verläutet über neue Vermittlungsvorschläge des Reichsamts des Innern. Der Oberbürgermeister Dr. Deutler teilte nämlich den Arbeiterverbänden mit, daß seine Einladungen zu Verhandlungen als erledigt zu betrachten seien, da das Reichsamt des Innern zentrale Verhandlungen wieder einleiten will.

Verhältnis von Lohnerhöhungen und Preissteigerungen. Die Tatsache, daß namentlich als Folge der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren die Arbeiterlöhne in fast allen Berufszweigen eine Erhöhung erfahren haben, wird allgemein anerkannt. Von den Vertretern der Arbeiter wird aber darauf hingewiesen, daß innerhalb der gleichen Zeit die Steigerung der Preise für alle Lebensbedürfnisse der Arbeiter noch rascher gewesen ist. Eine brauchbare allgemeine Statistik über diese Verhältnisse besitzen wir leider noch nicht. Man ist deshalb auf andere Hilfsmittel angewiesen, um zu einschlägigen Feststellungen zu gelangen. Interessantes Material über die Frage bieten die von der Ortskrankenkasse Dresden aufgenommenen Lohnstatistiken und die von der Stadtverwaltung Dresden bearbeiteten Statistiken über die Preise von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln. Die Ortskrankenkasse Dresden ist mit ihren 115 000 Mitgliedern eine der größten Krankenkassen des Deutschen Reiches und umschließt fast alle Arbeiter Dresdens. Ihre Statistiken ergeben, daß vom Jahre 1899 auf 1909 der Durchschnittslohn sämtlicher männlicher Mitglieder von 3,10 M. auf 3,67 M. pro Tag oder um 18,4 Prozent gestiegen ist. Der Durchschnittstageslohn sämtlicher weiblicher Mitglieder stieg in der gleichen Zeit von 1,81 M. auf 2,11 M. oder um 16 Proz. Von der Gesamtzahl der männlichen versicherungspflichtigen Personen bezogen 1899 33,2 Prozent oder etwa ein Drittel einen Tagesverdienst von 2,76 M. und mehr pro Tag, 1909 dagegen 56,4

Prozent, also mehr als die Hälfte. Bei den weiblichen Mitgliedern liegen die maßgebenden Veränderungen in der Erreichung bezw. Ueberschreitung des täglichen Arbeitsverdienstes von 2,26 M. Im Jahre 1899 waren von sämtlichen weiblichen versicherungspflichtigen Personen 15,5 Proz., 1909 dagegen 37,1 Proz. oder 21,6 Proz. mehr nach bezw. über diesen Verdiensthöhe beschäftigt. Diese Lohnsteigerungen erstrecken sich natürlich nicht gleichmäßig auf alle Berufsgruppen; bei den männlichen Mitgliedern waren sie am erheblichsten in der Industrie der Steine und Erden (26,3 Proz.), am geringsten in der Gärtnerei und Landwirtschaft (5,8 Proz.) und den polygraphischen Gewerben (4,5 Proz.). Bei den weiblichen Mitgliedern war die Lohnzunahme am stärksten bei den Tabakarbeiterinnen (34,2 Proz.), der Textilindustrie (30,5 Proz.) usw., in einigen Berufszweigen machten sich sogar Lohnherabsetzungen bemerkbar, so in dem Gewerbe der Reinigung um 10,5 Proz., Verkehrs-gewerbe um 3,4 Proz. Die bei allen Ortskrankenkassen beobachtete Erscheinung, daß der Aufschwung sich nicht nur nach oben, sondern auch nach unten vollzieht und die mittleren Klassen allein verlieren, tritt bei der Ortskrankenkasse Dresden besonders stark hervor. Wie haben sich nun in der gleichen Zeit die Kleinverkaufspreise für die Lebensmittel verändert? Nach den Angaben des Rates der Stadt Dresden stiegen von 1899 bis 1909, also in derselben Zeit, die Preise für Fleisch und Fleischwaren um 16,2 Proz., Geflügel um 25,4 Proz., Milch, Butter, Margarine 15,5 Proz., Fische 19,7 Proz., Gemüse 12,4 Proz., Mühlenenergie (Wehl usw.) 26 Proz., Grünwaren 34,7 Proz., Steinkohlen 13,8 Proz., Braunkohlen 31 Proz. usw. Eine Durchschnittsberechnung ergibt, daß alle diese unentbehrlichen Dinge in der auch den obigen Lohnberechnungen zugrunde gelegten Zeit um 17,5 Proz. im Preise gestiegen sind. Bedenkt man hierbei, daß die für die Arbeiter am umfangreichsten in Betracht kommenden Dinge, wie Wehl, Gemüse, Braunkohlen, weit über diesen Durchschnitt gestiegen sind, so ergibt sich, daß im letzten Jahrzehnt die Lebenshaltung der Arbeiter teurer geworden ist, als die Löhne gestiegen sind; von einer Hebung ihrer Klassenlage also keine Rede sein kann.

Aus Anlaß der Bauarbeiter-Aussperrung hat die Münchener städtische Behörde für Armenpflege an sämtliche Münchener Bezirkspflegekommissionen das nachstehende Schreiben gerichtet: „Es häufen sich die Fälle, in denen wegen der Aussperrung Arbeiter um Armenhilfe eruchen. Auf die Frage von Bezirkspflegekommissionen, wie die Geheuge zu behandeln sind, wird das folgende mitgeteilt: Der öffentlichen Armenpflege obliegt die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen. Hilfsbedürftig ist, wer sich wegen des Mangels eigener Mittel und Kräfte oder infolge eines besonderen Notstandes das nicht verschaffen kann, was zur Erhaltung des Lebens oder der Gesundheit unentbehrlich ist. Arbeitsfähige Personen haben im allgemeinen keinen Anspruch auf öffentliche Armenunterstützung. Im Falle dringender Not ist ihnen aber die Hilfe zu gewähren, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit oder Sittlichkeit augenblicklich unentbehrlich ist. Ob bei einem Arbeitsfähigen ein besonderer Notstand oder ein Fall dringender Not vorliegt, hat die Armenpflege mit Rücksicht auf das Ergebnis der Ermittlungen nach freier Ueberzeugung zu entscheiden. In die Prüfung der Frage, ob die Aussperrung oder der Streik berechtigt ist, darf sie sich nicht mischen. Die Aussperrung eines Bauarbeiters kann für diesen einen Notstand im Sinne des Armengesetzes begründen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, ob der Aussperrte Gelegenheit hat, eine andere, seinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten entsprechende Arbeit zu finden, oder ob und inwieweit er von einer Klasse, z. B. einer Gewerkschafts-kasse, unterstützt wird. Es ist beabsichtigt, die Unterstützungs-fälle, die mit der Aussperrung im Zusammenhang stehen, für statistische Zwecke zu zählen. Die Kommissionen werden daher ersucht, in diesen Fällen die Ursache der Hilfsbedürftigkeit durch den Vermerk „Notlage infolge der Aussperrung“ auszudrücken.“

Dieser gewiß zaghaft-täuende Versuch, der durch das brutale Scharfmacherturn hervorgerufenen äußersten Not mancher Familien beizuspringen, wird natürlich von der „Deutschen Arbeiterzeitung“ mit dem üblichen Gebelfer entgegengetreten. In einem Artikel mit der Ueberschrift: „Mehr Unparteilichkeit“ versucht das Scharfmacherorgan die waghalsigsten Verrentungen, um zu „beweisen“, um wieviel größer die Not der Unternehmer oftmals sei, als die der Arbeiter! Wir glauben gern, daß nach diesem vom Unternehmertum leichtfertig angezeigten Kampfe mancher „Baulöwe“ wieder zur ihm verhassten Stelle greifen muß. Er verdankt das jedoch eben denselben Leuten, die sich gegen die Veränderung äußerster Not durch den Münchener Magistrat wenden.

Reichsversicherungsordnung und Haus-pflege. Die Diskussion über die Reichsversicherungsordnung ist im vollen Gange. Auf Jahrzehnte hinaus sollen die Bedingungen festgelegt werden, unter denen mindestens 25 Millionen Menschen in Krankheit oder anderen gleichgeordneten Fällen Pflege und Lebensversicherung finden sollen. Darum ist es an der Zeit, den Gesetzgeber auf Bedürfnisse aufmerksam zu machen, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung geworden und gewachsen sind, und von denen sachgemäßer Befriedigung das Wohl breiter Schichten in

höherem Maße abhängt, als man gemeinhin annimmt. Ein solches neugewordenes Bedürfnis ist die Hauspflege. Hauspflege ist nicht Krankenpflege, sondern jene Art Hilfeleistung, bei der an Stelle der durch Krankheit oder Wodendbett verhinderten Hausfrau eine andere Frau alle laufenden Hausarbeiten besorgt. Dadurch wird der geordnete Fortbestand des Hauses gewährleistet, die Kinder vor Verwahrlosung und Erkrankung geschützt und dem Manne sein Heim so wohllich gemacht, daß er nicht so leicht auf den Gedanken kommt, ins Wirtshaus zu gehen. Die Einstellung einer Erfahrungskraft für die zeitweilig verhinderte Hausfrau wird immer notwendiger in einer Zeit, in der die Frauen aller Lebensalter zu vielen Millionen im Erwerb stehen, so daß nicht, wie das in früheren Zeiten der Fall war, eine Mutter oder Schwester oder Nachbarin der Wöchnerin bezw. Kranken zur Hilfe kommen kann. Nun sieht der § 200 der Reichsversicherungsordnung vor: „Die Säugung kann Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenschwestern oder andere Pfleger gestatten, wenn die Aufnahme des Kranken in ein Krankenhaus geodeten, aber nicht ausführbar ist, und er zustimmt. Sie kann gestatten, die Kosten dafür vom Krankengeld bis zur Hälfte abzugiehen.“ Hier wäre hinter „andere Pfleger“ sowie auch Hauspflege einzuschalten. Eine vollständige Neufassung müßte der zweite Satz erfahren. Einmal darum, weil es nicht angängig ist, das an und für sich schon geringe Kranken- und Wöchnerinnengeld durch irgendeinen Abzug noch weiter zu vermindern. Dann aber auch darum, weil nicht nur die entschädigungsberechtigten Versicherungspflichtigen, sondern auch die versicherungsfreien Ehefrauen der Hauspflege bedürfen. Hauspflege müßte danach den Leistungen beigefügt werden, die nach § 218 den Familien der Versicherungspflichtigen zubehilft werden können. Sollte sich daraus eine zu große Belastung der Krankenkassen ergeben, so ließen sich auf der anderen Seite Ersparnisse erzielen, indem man das in dem Entwurf den Krankenkassen zugesandene Recht, den versicherungsfreien Ehefrauen der Mitglieder Wöchnerinnengeld zu gewähren, in ein Recht auf Hauspflege umwandelte. Es wäre dies Verfahren um so gerechtfertigter, als sich kein Grund ausfindig machen läßt, Frauen, die keine Krankenkassenbeiträge geleistet haben und denen kein Verdienstausfall entgeht, Wöchnerinnengeld zu geben.

Der Schnapsbojloft im April. Die Wirkung des sozialdemokratischen Schnapsbojlofts ist auch in den im „Reichsanzeiger“ jeben veröffentlichten Ziffern über die Erzeugung und den Verbrauch von Alkohol im Monat April zu erkennen. Es betrug nämlich:

| | im April 1909 hl | im April 1910 hl | Zu- oder Ab- nahme in Proz. |
|----------------------------------|---------------------|---------------------|--------------------------------|
| Erzeugung | 438 572 | 414 446 | - 5,5 |
| Einverbrauch | 175 900 | 189 028 | + 21,0 |
| Gewerblicher Verbrauch | 134 232 | 180 558 | + 39,0 |

| | Oktober bis April 1909/10 hl | Oktober bis April 1909/10 hl | Zu- oder Ab- nahme in Proz. |
|----------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|--------------------------------|
| Erzeugung | 8 651 844 | 8 127 726 | - 14,3 |
| Einverbrauch | 1 489 820 | 1 044 188 | - 29,9 |
| Gewerblicher Verbrauch | 1 046 251 | 1 182 163 | + 12,9 |

In der Gesamtperiode seit Inkrafttreten der neuen Steuer hat also ein Rückgang des Alkoholverbrauchs zu Trinkzwecken von fast 30 Proz. stattgefunden, im letzten Monat allerdings nur noch ein solcher von 21 Proz. Nimmt man an, daß in den ersten Monaten noch die Vorkversorgung der Birke und Geschäftseleute mit Alkohol eine gewisse Rolle gespielt hat, so erklärt sich daraus wenigstens zu einem Teil das scheinbare Nachlassen der Wirkung des Schnapsbojlofts. Trotzdem müssen sich die Arbeiter vor Augen halten, daß ihre Energie in dem politischen Kampfe gegen den Alkohol und die Junker unter keinen Umständen nachlassen darf. Außerordentlich gestiegen ist der gewerbliche Verbrauch, im letzten Monat allein um fast 40 Proz. Er übersteigt jetzt den Einverbrauch um nahezu ebensoviele, wie im vorigen Jahre der letztere den ersteren überstieg. Trotzdem hat die Gesamterzeugung zurückgehen müssen, und zwar in der Gesamtperiode um 14,3, im letzten Monat um 5,5 Prozent. Dabei haben wir es nach dem eigenen Geständnis der „Deutschen Tageszeitung“ mit einer durch die billigen Kartellpreise verursachten Überproduktion an Alkohol zu tun, vor der das Organ der deutschen Schnapsbrenner ebenfalls warnen. Die deutschen Arbeiter können auf dieses Resultat ihres Boykottbeschlusses stolz sein! Es gilt für alle unsere Kollegen, auch fernerhin dem Schnapsgenuß zu entsagen und dafür Propaganda zu entfalten.

Konsumvereinsbekämpfung durch Handelskammern und unterhältismäßige Vermehrung des Händlerturns. Wie schon so viele andere Handelskammern haben auch die beiden Handelskammern in Pilsburghausen und in Meiningen eine Eingabe an das Herzogliche Staatsministerium ausgearbeitet, in welcher u. a. hervorgehoben wird, daß seit dem Jahre 1895 im Herzogtum sich die Zahl der Konsumvereine mehr als verdoppelt, ihre Mitgliederzahl sich verdreifacht und ihr Umsatz sich vervierfacht hat. Die Kaufmannschaften haben sich in derselben Zeit fast verdoppelt, ihr Umsatz in Kolonial- und

anderen Waren ist nahezu auf das Neunfache gestiegen. Die Handelskammer mußte jedoch auch feststellen, daß die Zahl der im Hauptberuf tätigen Waren- und Produktenhändler sich um den siebenten Teil und die Zahl der im Nebenberuf tätigen sich um fast das Doppelte vermehrt hat. Während in dieser Zeit eine Bevölkerungszunahme von 12,89 Proz. eingetreten war, ist eine Zunahme von 29 Proz. der Kleinändler festzustellen gewesen. Trotzdem fordern die Handelskammern von der Regierung ein Verbot der Beteiligung von Beamten an der Verwaltung und Geschäftsführung der Konsumvereine und Einführung von Normativbestimmungen für den Geschäftsbetrieb der Konsumvereine unter staatlicher Kontrolle. Nichts ist besser geeignet, das Ungerechtfertigte der ständigen Klagen des Kleinhandels über die Konkurrenz der Konsumvereine darzutun, als die Tatsache, daß trotz der Entwicklung der Konsum-, landwirtschaftlichen und Handwerker-genossenschaften die Zahl der im Hauptberuf tätigen Waren- und Produktenhändler im Herzogtum Meiningen von 1895 bis 1907 sich um 29 Proz. vermehrt hat, während die Bevölkerungszunahme nur 12,89 Proz. betrug. Die Verwaltungen der meiningischen Konsumvereine werden sich diese Zahlen gut merken und sie bei ihrer Abwehr gegen die Annahmen der Krämmer gebührend verwenden.

Aus dem bayerischen Bierkrieg. Während im Rürhen und an sonstigen Orten der Krieg tobt und der Bierbojloft größtenteils von den Arbeitern mit Schärfe durchgeführt wird, erzählt ein Restaurateur in Weissenberg folgende Bierpöste:

„Ich bleib bei 24!“
Weil ich und die Leute streiten,
Den Birten Sorg und Wein bereiten,
So denke ich in meinem Sinn,
Ob ich nicht doch der Klügere bin,
Wenn ich den Preis beim alten laß,
Was nützt mich denn das Bier im
Jah?!
Deraus damit und in die Kehlen,
Die nicht gern 28 zählen,

„Ich schenk um 24 aus
Und hoffe auf ein volles Haus.
Drum höret Leut und kommt in Hausen,
Ich sage nicht, ihr sollt
Doch sparen könnt ihr nur bei mir,
Beim 24-Pfennigbier.
Da wird zulezt ein reicher Mann,
Der recht viel Mäherin trinken kann,
Beim Bier ist gut und auch recht stark,
Zinsigmal 2 Pfennig hat die Mark.“

Was nützen alle aufgespeicherten Reichtümer und alle Früchte der Zivilisation, wenn sie immer nur für einige vorhanden sind und die große unendliche Menschheit stets der Squalor bleibt, welcher vergeblich nach den Früchten greift? Schlimmer als Squalor, denn dieser hatte wenigstens die Früchte nicht hervorgebracht, nach denen seine dürstenden Gaumen vergeblich zu dürsten verdammt waren. Lassalle.

◆ **Verbandstell** ◆

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Aus der Tagespresse wie aus der „Gewerkschaft“ ersehen die Kollegen, daß die **Aussperrung im Dausgewerbe** wohl nicht den von den Unternehmern vorausgesagten, doch aber einen gar gewaltigen Umfang angenommen hat. Dieser Kampf wird dadurch zum größten und hartnäckigsten, der je von der organisierten deutschen Arbeiterschaft geführt worden ist. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, die Verbandsmitglieder nochmals auf den Beschluß des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses hinzuweisen. Derselbe hat auf seiner Tagung am 25. und 26. April dieses Jahres den ausgesperrten Arbeitern im Dausach seine volle Sympathie ausgedrückt. Gleichzeitig forderte er von den organisierten Arbeitern Deutschlands die Bezeugung der Solidarität für die ausgesperrten Bauarbeiter in jeder Form, besonders auch durch Ausnahme allgemeiner Sammlungen.

Wir ersuchen deshalb unsere Mitglieder, in ihren Filialen die Sammlungen von Unterstützungsgeldern für die ausgesperrten Bauarbeiter sofort in die Wege zu leiten. Die Beiträge sind natürlich freiwillige, die Solidarität der Arbeiter erfordert aber kräftigste Unterstützung. Die Sammlung kann auf Listen erfolgen, es können jedoch auch Marken ausgegeben werden, welche die Mitglieder neben den Beitragsmarken ins Mitgliedsbuch einleiben. Alle gesammelten Gelder sind an das örtliche Gewerkschaftskartell abzuliefern. Die Summe der abgelieferten Gelder ist genau zu notieren und uns das Resultat mitzuteilen. Hierbei möchten wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß ein großer Teil unserer Mitglieder in den Filialversammlungen sich für Abführung fester Extrabeiträge gegen Markenquittung entschieden hat. Marken hierfür sind durch den Verbandsvorstand gratis erhältlich.

Gleichzeitig haben sich die Verbandsbeamten für Einführung eines Tagelohnes pro Monat als Minimallohn ent-

schieden, allgemein ergeben jedoch die abgeführten Gelder weit höhere Beträge.

Von allen noch im Kaufsach (Privatbetriebe) arbeitenden Mitgliedern unseres Verbandes ist der von den Organisationen der Bauernbesitzer beschlossene Streikbeitrag zu entrichten. Für diese Gelder sind Extramarken ins Mitgliedsbuch zu legen. Die Beträge hierfür werden von der Filialleitung an das Kartell abgeliefert.

Ferner sei noch aufmerksam gemacht auf die Beschlüsse der den Kampf führenden Organisationen der Bauarbeiter, welche besagen: „für die ersten vierzehn Tage dieses Kampfes keine Unterstützung zu zahlen“. Der Verbandsvorstand ist dem Ansuchen, für unsere Mitglieder die gleichen Bedingungen aufzustellen, beigetreten. Es ist demnach den am Kampfe beteiligten Mitgliedern unserer Organisation während der zwei ersten Wochen der Aussperrung keine Streikunterstützung zu zahlen. Die erste Auszahlung der Streikunterstützung erfolgt also für die dritte Woche, und zwar am Schlusse derselben. Diese Bestimmung gilt auch für alle die Verbandsmitglieder, welche erst später wie Mitte April ausgesperrt oder in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Uebertritte werden während der Zeit der Aussperrung nicht vollzogen.

Für die Woche vom 22. bis 28. Mai ist der 21. Beitrag fällig. In letzter Zeit hat sich das Strafporto für Postsendungen an das Hauptbureau wieder ganz erheblich vermehrt. Wir ersuchen deshalb alle Filialen und Einzelmitglieder dringend darum, bei zu versendenden Briefen, Drucksachen usw. vor der Absendung genau zu prüfen, ob dieselben auch dem Gewicht entsprechend richtig frankiert sind. Speziell zu beachten ist, daß Briefe bis 20 Gramm 10 Pf. kosten; dagegen solche mit höherem Gewicht bis zu 250 Gramm 20 Pf. Porto erheischen. Der Verbandsvorstand.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 34 vom 28. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Ml.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 17 des 20. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 Ml.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 11. 27. Jahrgang. Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

Der Arbeitsmarkt. Monatschrift der Zentrale für Arbeitsmarktberichter. Herausgeber Prof. Dr. J. Jastrow, Berlin. Verlag von Georg Reimer. Nr. 8 des 18. Jahrg.

In Freien Stunden. Heft 19 und 20 sind erschienen. Der Inhalt ist folgender: Die Abendburg von Dr. Bruno Wille. (Fortsetzung.) — Romana, Erzählung von Theodor Rügge. — Das verheiratete Kaiserlump. — Die Wunderlampe. — Dies und jenes. — Wit und Scherz. Preis pro Nummer 10 Pf. Probenummern gratis vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Heft 19 und 20 sind erschienen. Abonnementspreis pro Quartal 3 Ml. Einzelnummer 30 Pf. Probenummern umsonst vom Verlag.

Biblische Geschichten. Das letzte Heft (10) dieser Broschürenreihe ist nunmehr auch erschienen. Preis pro Heft 1 Ml., Volksausgabe 40 Pf. Jedes Heft ist für sich abgeschlossen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Natur und Erziehung. Monatschrift zur Verbreitung und Pflege der Naturwissenschaften in Schule und Haus. Mit der Beilage „In meinen Rufestunden“, Anregungen und Mitteilungen für unsere Jugend. Herausgegeben von Dr. Dr. Fr. Danemann und Prof. Dr. R. Smalian. Stuttgart Francksche Verlagshandlung. Halbjährlicher Bezugspreis Ml. 4.

Aus Mansfelds Ehrentagen. Bilder des großen Streiks der Mansfelder Bergleute um ihr gesetzliches Recht. Halle 1910. Verlag von Adolf Thiele. Preis 50 Pf. Nicht um eine Chronik, heißt es in dem Vorwort, des ersten Streiks der Mansfelder Knappen im Herbst 1909 handelt es sich in diesem Büchlein, auch nicht um eine streng historische Darlegung seines Verlaufs,

sondern um eine Erzählung, in welcher Dichtung mit Wahrheit sich mengt. Die Grundlinien sind genau der Wirklichkeit entnommen.

Wie hüten wir uns vor Herzkrankheiten? Von Dr. Keffisch. Unter diesem Titel erschien soeben Heft 23 der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Der seit langem als Spezialarzt für Herzleiden in Berlin tätige Verfasser entwirft in dem vorliegenden Heft ein anschauliches Bild von der Bedeutung des Herzens für den Gesamtorganismus und bringt insbesondere durch eine Reihe schematischer, aber leicht faßlicher Bilder das etwas schwierige Kapitel der Herzkrankheiten und der dadurch bedingten Kreislaufstörungen dem Verständnis des Laien näher. Nach einer Einleitung über den „Bau des Herzens“ folgen Kapitel über den Kreislauf des Blutes und die Arbeit des Herzens. Bei den nun folgenden Krankheiten des Herzens beginnt er mit den angeborenen Herzfehlern, es folgen Herzleiden und Infektionskrankheiten, insolge behinderter Atmung, auch Gelenksrheumatismus durch geschlechtliche Unarten in der Jugend, weiter „Herz und Berufswahl“, „Herzleiden und Ehe“, „vorzeitige Abnutzung des Herzens beim Mann“, „Herzschwäche bei Frauen“ und als Schlußkapitel „Hygiene des Herzens im allgemeinen“. — Die Arbeit nimmt besondere Rücksicht auf Arbeiterverhältnisse und wird sicherlich willkommen sein und vielen Nutzen stiften.

Moderne Wege zur Bildung für alle, die höhere Schulen nicht besuchen konnten. Eine praktische Anleitung, auf die leichteste Weise alle Bildungsmängel zu beseitigen und dadurch sozial und gesellschaftlich empor zu kommen. Von J. Ludlow. Broch. Ml. 1,80; in Ganzleinen geb. Ml. 2,50. — Verlag Melchior Kupper Schmidt, München 50. Lieber den Wert der allgemeinen Bildung für jeden braucht heute kaum noch etwas gesagt zu werden. Es ist Tatsache, daß die Ansprüche in jedem Berufe und in jedem Stande immer höher werden. Die Frage ist heute nur noch, wie man sich die moderne Bildung aneignet, insbesondere, welches die Wege dazu sind, wenn man keine höheren Schulen besucht hat oder besuchen kann. Auf diese Frage versucht das obige Buch Antwort zu geben. Der Verfasser gibt zunächst an, was überhaupt die Erfordernisse der modernen allgemeinen Bildung sind, und beschreibt dann die Bildungsmittel, die die Neuzeit geschaffen hat und von denen die wenigsten eine rechte Ahnung haben. Die Verhältnisse des Kaufmanns, des Gewerbetreibenden, Handwerkers, Arbeiters und der modernen vorwärts strebenden Frau finden besondere Berücksichtigung. Eine Liste der besten Werke der Weltliteratur beschließt das Buch. Der Verfasser ging augenscheinlich von dem Gedanken aus: „Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen“.

Der preussische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Volksstimme zu Frankfurt a. M. Preis 10 Pfennig. Von vielen Tausenden proletarischer Wahlrechtskämpfer in einer ganzen Reihe von deutschen Städten, wie Breslau, Dortmund, Elberfeld, Frankfurt a. M., Bremen, sind die Ausführungen der Genossin Rosa Luxemburg über den preussischen Wahlrechtskampf und seine Lehren mit heller Begeisterung aufgenommen worden. Es ist zu begrüßen, daß durch die Veröffentlichung in einer Broschüre diese Ausführungen noch weiter in die Massen hinausgetragen werden.

Totenliste des Verbandes.

Michael Volk, Darmstadt
† 9. 5. 1910, 51 Jahre alt.

Friedr. Scharfe, Hamburg
Straßenreinigung
† 11. 5. 1910, 33 Jahre alt.

Wilh. Pradel, Magdeburg
Laternenwärter
† 12. 5. 1910, 45 Jahre alt.

Karl Heinemann, Harburg
Laternenwärter
† 14. 5. 1910, 50 Jahre alt.

Franz Barth, Berlin
Englische Gasanstalten
† 10. 5. 1910, 27 Jahre alt.

August Zeratsch, Berlin
Wasserwerke
† 16. 5. 1910, 77 Jahre alt.

Georg Beck, Stuttgart
Straßenreiner
† 17. 5. 1910, 40 Jahre alt.

Wilh. Muhs, Magdeburg
† 17. 5. 1910, 55 Jahre alt.

Wilh. Pulkmann, Hamburg
Sielwecken
† 20. 5. 1910, 68 Jahre alt.

Aug. Thielemann, Hamburg
Kaiarbeiter
† 20. 5. 1910, 43 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!